



STANDORT ÖSTERREICH UNTER DRUCK

Hohe Kosten,
Fachkräftemangel
und Bürokratie lasten
auf Unternehmen.

JOURNALISMUS PREIS **DER INDUSTRIE**



Der zweite Durchgang findet im Frühjahr 2025 statt.
Alle Informationen finden Sie hier:



**JOHANNES HAHN**

EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung in der Kommission von der Leyen I

MONIKA KÖPPL-TURYNA

Direktorin von EcoAustria

**ALEXANDER HERZOG**

Generalsekretär der Pharmig

**MONIKA ROSEN**

Vizepräsident der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft

**THOMAS ÖSTROS**

Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank EIB



EXPERTINNEN UND EXPERTEN IN DIESER AUSGABE

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Wenn Sie dieses Magazin in Händen halten, steckt Österreich mitten im Trubel der Nationalratswahl. Es ist ein spannender Moment – nicht nur, weil diesmal schwer abschätzbar ist, welche Regierung sich bilden wird. Für die Wirtschaft und Industrie ist es auch ein Moment der Weichenstellung. Selten war es so wichtig, welche wirtschaftspolitischen Hebel getätigt werden und wie rasch das geschieht. Mit der Industrie geht ein Sektor in das bereits dritte Rezessionsjahr, der Zugpferd der heimischen Wirtschaft ist. Die Industrie schafft die Basis für sichere und hochqualitative Arbeitsplätze und in weiterem Sinne finanzielle wie soziale Sicherheit in Österreich.

In diesem Magazin widmen wir uns daher der Frage, welche Weichen es sind, die gestellt werden müssen, damit der Motor der heimischen Wirtschaft wieder brummen kann. Wir haben dazu wieder mit Menschen gesprochen, die mit ihren Industriebetrieben mitten im Geschehen stehen und wissen, welche Chancen und Herausforderungen den Alltag derzeit bestimmen. Wir haben Fachexperten und Ökonomen gefragt, wie sie die Entwicklungen in Österreich, Europa und am Parkett der Weltmächte einordnen und was sie für die österreichische Wirtschaft bedeuten. Und nicht zuletzt haben wir den scheidenden EU-Kommissar Johannes Hahn und den kommenden EU-Kommissar Magnus Brunner um Einblicke, Rückblicke und Ausblicke zur Wirtschaftspolitik dieser wichtigen Institution auf EU-Ebene gebeten.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre der Analysen und Interviews und viel Vergnügen beim Erkunden dieser Sonderausgabe des Magazins der Industriellenvereinigung!

Impressum

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-position der 10. September war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, livr-n.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Sara Grasel, Marlena Mayer, Dominik Futschik, Christoph Hofer, Gregor Plieschnig, Stephan Scopetta, Herta Scheidinger. Grafik: Nicola Skalé, Clara Berlinski, Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-position erscheint 2x jährlich in einer Auflage von 29.500 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos: Cover bzw. Aufmacher Coverstory – PALFINGER AG | Expertinnen und Experten – EU/Xavier Lejeune; Foto Weiwurm GmbH; Stefan Csaky; Foto Weiwurm GmbH; Caroline Martin

INHALT



8



24



42

- Leitartikel*
- 7 Ein Rendezvous mit der wirtschaftlichen Realität
- Coverstory*
- 8 Standort Österreich unter Druck
- Interview*
- 16 EcoAustria-Direktorin Monika Köppl-Turyna
- Weltmächte*
- 18 Kräfteverhältnis von Europa, USA und China

- Mangel*
- 24 Österreich gehen die Arbeitskräfte aus
- Interview*
- 28 Siemens-Austria-CEO Patricia Neumann
- Twin Transition*
- 30 Milliarden für die grüne und digitale Revolution gesucht
- EU-Kommission*
- 34 Johannes Hahn und Magnus Brunner im Interview

- Pharmaindustrie*
- 42 Innovation braucht einen Rahmen
- Interview*
- 48 IV-Präsident Georg Knill
- Medien*
- 50 Selektiv: Das neue Wirtschaftsmedium für Österreich

STIMMEN AUS DER INDUSTRIE

Unternehmerinnen und Unternehmer über ihre Vision für Europa – auf den Seiten 5, 21, 29, 41 und 47



„Wettbewerbsfähigkeit ist kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung, dass wir weiterhin in unserer Heimat produzieren, weltweit exportieren und dadurch hochwertige Jobs in der Steiermark sichern können. Diese Ambition verlangt aktuell den Industriebetrieben vieles ab, da unser Standort an Attraktivität verliert. Aufgrund der Kostenentwicklung bei Personal- und Energie, werden unsere Produkte zu teuer, überschießende Regulatorik ist weit an der Unternehmensrealität vorbei, die Planbarkeit von Investitionen zu träge und die Verfügbarkeit von Fachkräften auch in Zeiten der eingetrübten Konjunktur essenziell. Unser Anspruch für die Steiermark ist es, Weltspitze zu sein. Wir wünschen uns Partner, die diesen Anspruch teilen.“

Kurt Maier, CEO Heinzl Group und Präsident IV Steiermark

STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Dekarbonisierung und die Sicherung von Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen, digitaler Wandel und die produktive Nutzung von Künstlicher Intelligenz, Investitionen in Forschung & Entwicklung und die Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Universitäten und der Industrie – für diese und weitere Eckpfeiler unserer Wettbewerbsfähigkeit ist eine bessere Harmonisierung und Integration des EU-Binnenmarkts von elementarer Bedeutung. Wir müssen dabei besonders die Kapitalmarktunion vorantreiben und generell die Kapitalmarktorientierung in Europa und Österreich stärken, um die immensen Wachstumspotenziale heben zu können und eine (weitere) Abwanderung von Know-how und Kapital zu verhindern.“

Angelika Sommer-Hemetsberger, Präsidentin Aktienforum und Vorstand der OeKB AG

„Ein starkes Europa muss deutlich strategischer in Forschung, Technologie, Innovation und Bildung investieren. Entsprechend dem Prinzip „Stärken stärken“ muss es um die Stärkung der europäischen Kompetenzen in den systemrelevanten Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz, Security, Mikroelektronik, Life Sciences gehen. Im globalen Wettbewerb braucht es attraktive Standortbedingungen mit wettbewerbsfähigen Kosten. Aktuell behindern uns in Österreich und anderen EU-Ländern vor allem hohe Energie-, Bürokratie- und Personalkosten. Die „Twin Transition“ - Digitalisierung und Dekarbonisierung - ist eine deutliche Chance für Europa, sie muss so gestaltet werden, dass sie zu mehr Wettbewerbsfähigkeit führt.“

Sabine Herlitschka, CEO Infineon Technologies Austria AG und IV-Vizepräsidentin



„Europa muss verstehen, dass es nicht mehr das geopolitische Zentrum der Welt ist und es seine Diplomatie, seine Handelspolitik und die Vertretung seiner Interessen dementsprechend neu auszurichten hat. Denn die Antwort Europas auf die aktuellen globalen Veränderungen muss „Stärke“ lauten. Woher kam unsere Stärke in der Vergangenheit? Nicht aus Überregulierung, technologischer Einengung und Protektionismus - sie entstand aus unserer Produktivität, aus unserer Fähigkeit, zu innovieren und weltweit wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Um auf diese Basis unseres Wohlstandes wieder bauen zu können, müssen wir der Entwicklung der Qualität des europäischen Industriestandortes eine Wende geben.“

Stefan Stoltzka, CEO von legero united

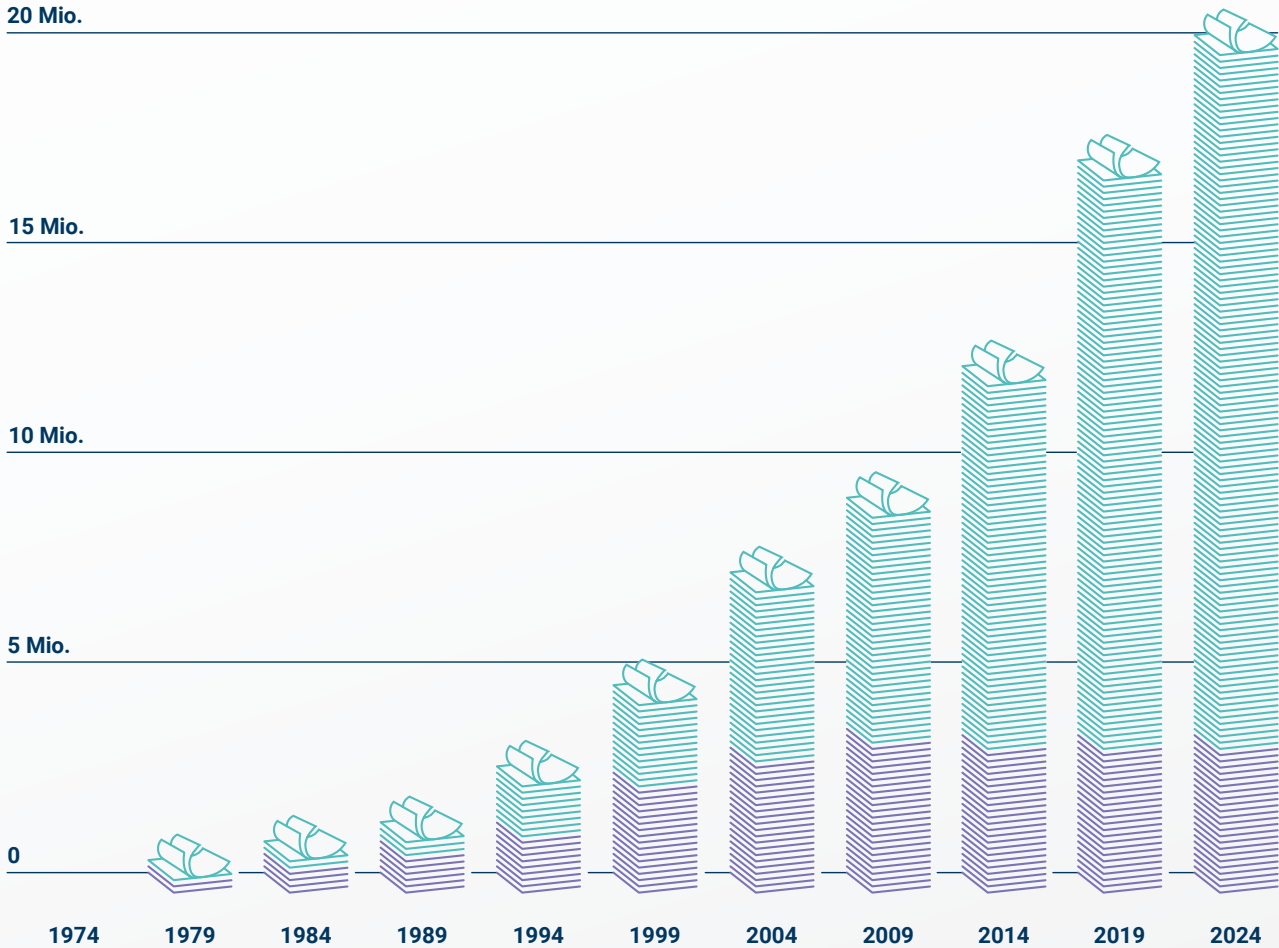
„Die mehrfachen Krisen haben die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen spürbar belastet. Energie ist teurer und auch die Personalkostensteigerungen waren in Österreich vielfach höher als für den internationalen Wettbewerb. Der Druck steigt: Während Verschärfungen den Green Deal beschleunigen sollen, fehlen den Transformationswilligen in der Praxis die Rahmenbedingungen und damit die Alternativen. Was tun? Bestehende Spielräume wie die Strompreiskompensation rasch nutzen, Lohnnebenkosten senken und den Erneuerbarenausbau inklusive Infrastruktur als staatliche Kernaufgabe vorantreiben. Mit einer neuen Politik des Ermöglichens anstatt des Belastens klappt es auch mit der wettbewerbsfähigen Transformation.“

Gerald Mayer, Finanzvorstand der voestalpine AG



ZUNAHME AN EU-REGULIERUNG

Anzahl der Wörter in EU-Rechtsakten (in Millionen)



Die EU-Gesetzgebung hat in den letzten 30 Jahren seit dem Vertrag von Maastricht (1994 bis 2024) um 729 Prozent zugenommen. Seit dem Vertrag von Lissabon (2010 bis 2024) hat sie sich verdoppelt. Diese Inflation der Gesetzgebung ist dabei hauptsächlich auf EU-Verordnungen zurückzuführen. Das Volumen der EU-Richtlinien, welche nationalen Gesetzgebern konkrete Ziele vorgeben, jedoch mehr Spielraum bei der Umsetzung lassen, stagniert seit 2009. Auch unter der Von-der-Leyen-Kommission I gab es eine erhebliche Zunahme der Regulierungstätigkeit; der Umfang der EU-Rechtsakte wuchs zwischen 2020 und 2024 um 14 Prozent.

Während jedoch die Zahl der EU-Rechtsakte deutlich langsamer stieg (174 Prozent seit dem Vertrag von Maastricht und 25 Prozent seit dem Vertrag von Lissabon), nahm deren Länge deutlich zu. Bestand ein EU-Rechtsakt im Jahr 2000 noch aus rund 54.000 Wörtern, sind es 2024 knapp 160.000 Wörter. Im Durchschnitt ist der Umfang der EU-Gesetzgebung seit Maastricht um etwa 600.000 Wörter pro Jahr und seit Lissabon um 712.000 Wörter pro Jahr gewachsen.



CEPOS Studie:
<https://www.epicenternetwork.eu/briefings/eu-regulatory-volume-has-doubled-since-the-treaty-lisbon>

Österreich braucht ein Rendezvous mit der wirtschaftlichen Realität!

Vom Export hängt unser Wohlstand, unser gesamtes österreichisches Erfolgsmodell ab. Die Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt muss in den Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Bemühungen gestellt werden – keine vollkommen realitätsfernen und absurden Steuererhöhungsideen.



Verfolgt man die österreichischen wirtschaftspolitischen Diskussionen, hat man öfters den Eindruck, dass die Lage für österreichische Unternehmen am Weltmarkt kaum eine Rolle spielt oder zumindest nur von wenigen klar adressiert wird. Dabei ist Österreich Exportland und sein Wohlstand hängt entscheidend davon ab, ob österreichische Produkte im Ausland, am Weltmarkt, abgenommen werden und zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden können.

Zur Erinnerung: Am Erfolg österreichischer Produkte am Weltmarkt hängen hunderttausende gut bezahlte Arbeitsplätze. Dieser Erfolg sichert jeden vierten Steuer-Euro, der dann in Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit und Infrastruktur fließen kann. Der Verkauf österreichischer Produkte und Dienstleistungen im Ausland brachte dem Land 2023 rund 201 Milliarden Euro ein. Der Export sichert direkt und indirekt mehr als eine Million Arbeitsplätze in Österreich und stemmt mehr als 40 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes.

Man sollte meinen, dass dies Gründe genug sind, alles zu tun, die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen auf den Weltmärkten zu stärken – doch das Gegenteil ist leider der Fall: vergleichsweise hohe Arbeitskosten, zusätzlich durch brutal hohe Lohnabschlüsse getrieben (diese lagen in den vergangenen zwei Jahren 50 Prozent über jenen im Euroraum!) sowie höhere Energiepreise, immer mehr Bürokratie (auch durch die

europäische Ebene) und Schwierigkeiten, Arbeits- und Fachkräfte zu finden, schwächen ihre Position.

Im Wettbewerbsfähigkeits-Ranking des Lausanner Instituts IMD ist der Standort Österreich mittlerweile auf den 26. Rang abgerutscht. 2007 lag Österreich in dieser Liste noch auf einem guten 11. Platz. Und wir haben auch schon bewiesen, dass durchaus große Sprünge nach oben möglich sind: 2018 verbesserte sich Österreich von Platz 25 auf Platz 18. Mit einem überdurchschnittlichen Wachstum von 2,4 Prozent und Steigerungen bei Arbeitsvolumen und Produktivität. Die kräftigsten Impulse kamen damals vom Export – denn das ist – nochmals – die große Stärke Österreichs.

Europa kommt nur träge in die Wachstumsphase, in Österreich steht man vor dem dritten Rezessionsjahr. Die Europäische Union ist durch Krisen und Kriege in der unmittelbaren Nachbarschaft in ihrer Rolle am Parkett der Weltmächte geschwächt und in kritischen Bereichen wie Gas, Rohstoffen und Komponenten für die Energiewende abhängig von Ländern wie Russland oder China. Wir brauchen dringend Zugang zu Wachstumsmärkten und neuen Partnern für Rohstoffe und Energie.

Angesichts all dessen kommen auf die nächste EU-Kommission und die nächste österreichische Bundesregierung große Herausforderungen zu. Die Industriellenvereinigung hat einen Leitfaden mit acht Maßnahmen vorgelegt, die dabei helfen, dem Standort

Österreich und Europa wieder Auftrieb zu verleihen (siehe Rückseite). Dazu gehören dringend notwendige Entlastungen bei Bürokratie und Abgaben – die Kosten müssen runter, mutige Strukturreformen und Technologieneutralität. Eine Sache will ich an dieser Stelle zusätzlich herausgreifen: Wirtschaftsbildung muss in der Grundbildung mehr Gewicht bekommen. Das ist die Grundlage für die wirtschaftliche Zukunft Österreichs und die Grundlage für eine bessere Zukunft für jede einzelne und jeden einzelnen. Ohne fundamentale Kenntnisse im Bereich der Wirtschaft, fehlt es den nächsten Generationen am Werkzeug, sich durch die eigenen Finanzen eine ertragreiche Absicherung aufzubauen. Und es kommt die Fähigkeit abhanden, sich in der ökonomischen Landschaft selbstbestimmt bewegen zu können – und übrigens auch zu verstehen, dass wir unseren Wohlstand durch unsere internationale Vernetzung und Wettbewerbsfähigkeit erarbeiten.

Wir müssen gemeinsam den Ehrgeiz entwickeln, Österreich am Weltmarkt weiterhin als Top-Player auftreten zu lassen und den kommenden Generationen eine selbstbestimmte sowie wirtschaftlich erfolgreiche und sichere Zukunft zu ermöglichen! Eine Top-Priorität für einen neue Bundesregierung!

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär





STANDORT ÖSTERREICH UNTER DRUCK

Österreich verliert zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit. Hohe Arbeitskosten, Fachkräftemangel, steigende Energiepreise und überbordende Bürokratie bringen Unternehmen unter Druck. Sie pochen auf Reformen in der Steuer- und Wirtschaftspolitik, um den Standort zu stärken und globale Chancen zu nutzen. Ohne schnelle politische Maßnahmen, drohen Abwanderung, sinkende Investitionen und ein Verlust des Wohlstands.

Österreich ist zentrale Drehscheibe zwischen Ost und West, die Unternehmen Stabilität, moderne Infrastruktur und eine hochqualifizierte Belegschaft bietet. Über 76 Prozent des Stroms stammen bereits aus erneuerbaren Energien und bis 2030 soll das Land vollständig auf Ökostrom setzen. Mit 22 öffentlichen und 17 privaten Universitäten sowie mehr als 58.000 Absolventen pro Jahr zieht Österreich hochqualifizierte Talente an. Internationale Unternehmen beschäftigen fast 41 Prozent des F&E-Personals, und 2023 flossen 15,5 Milliarden Euro in Forschung. So präsentiert sich der Wirtschaftsstandort Österreich in einer Broschüre Investoren. Das klingt alles sehr vielversprechend, aber es ist schließlich der Auftrag der Austrian Business Agency, den Wirtschaftsstandort zu bewerben. In der Realität kämpft Österreich jedoch mit ernsthaften Problemen: Die Innovationskraft lässt nach, und der Wirtschaftsstandort verliert insgesamt an Wettbewerbsfähigkeit. Ohne schnelle politische Gegenmaßnahmen, gerät der Wohlstand des Landes in Gefahr.

Wettbewerbsfähigkeit im Sinkflug

Österreich fällt in mehreren internationalen Wettbewerbsrankings weiter zurück. Im IMD-Ranking 2024 rutschte das Land von Platz 24 auf 26, insbesondere bei Steuerpolitik (Platz 64) und wirtschaftlicher Performance (Absturz von Platz 22 auf 33), schnitt es schlecht ab. Das ZEW- sowie Deloitte-Radar 2023 zeigen ähnliche Ergebnisse: Österreich landet nur noch im Mittelfeld. Trotz guter Infrastruktur mangelt es an Innovationskraft und Ambitionen im globalen Wettbewerb. Während Länder wie Dänemark, die Schweiz und Schweden weit voraus sind, leidet Österreich unter versäumten Reformen, Rechtsunsicherheit und einer zunehmend ineffizienten Verwaltung. Die Politik steht unter Druck, rasch zu handeln, um den Wirtschaftsstandort wieder zu stärken. Monika Köppl-Turyna, Direktorin von EcoAustria meint im Interview auf Seite 16: „Bleiben wir bei „business as usual“, riskieren wir in zehn Jahren weniger Investitionen und einen unattraktiveren Standort.“ Und das können wir uns nicht leisten, denn wenn Österreich im Standortwettbewerb nicht mithalten kann, drohen erhebliche Risiken. Unternehmen könnten abwandern oder erst gar nicht investieren, was zu einem Rückgang an Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen führt. Weniger Innovation und fehlende Wettbewerbsfähigkeit würden das Wirtschaftswachstum bremsen und die Position des Landes auf internationalen Märkten schwächen. Dies hätte direkte Folgen für den Wohlstand und die Lebensqualität, da geringere staatliche Einnahmen wichtige Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Sozialsysteme gefährden könnten.

Richtung Asien und USA

Laut einer im März 2024 präsentierten Deloitte-Studie haben bereits 41 Prozent der österreichischen Unternehmen in den letzten drei Jahren Teile ihrer Wertschöpfungskette ins Ausland verlagert. Besonders betroffen sind kostenintensive Bereiche wie die Teilefertigung (40 Prozent),

Andreas Klauser, CEO PALFINGER AG



”

Wir sind global nur wettbewerbsfähig, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, wenn sich Leistung lohnt und Unternehmertum wieder als Stärke wahrgenommen wird.

Produktionsbetriebe (38 Prozent) sowie Vormontage (32 Prozent). Während früher meist europäische Länder bevorzugt wurden, gewinnen nun Asien und die USA an Bedeutung. Hauptgründe für die Verlagerung sind hohe Arbeitskosten (78 Prozent), überbordende Bürokratie (66 Prozent), Energiesicherheit und -kosten (61 Prozent), sowie Steuern und Abgaben (63 Prozent) und der Mangel an Arbeitskräften (64 Prozent).

Palfinger: Kosten und Bürokratie bremsen Wachstum

Die Probleme sieht auch Andreas Klauser, CEO des weltweit führenden Produzenten und Anbieters von innovativen Kran- und Hebelösungen, Palfinger: „Die größten Herausforderungen sind die im internationalen Vergleich sehr hohen Kosten für Mitarbeitende sowie die ausufernden Regulierungen im Zusammenhang mit einer immer langsameren Bürokratie. Die Leistungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zweifellos ihr Geld wert. Nur sind die steuerlichen Belastungen und die Lohnnebenkosten ein Faktor, der uns im globalen Wettbewerb belastet. Das bedeutet, dass ein Mitarbeiteraufbau zur Erhöhung der Kapazitäten



Palfinger ist führender Produzent von Kran- und Hebelösungen mit weltweiten Standorten.

außerhalb Österreichs stattfinden wird.“ Das Unternehmen beschäftigt heute rund 12.650 Mitarbeiter an 30 Fertigungsstandorten und einem weltweiten Vertriebs- und Service-Netzwerk von rund 5.000 Stützpunkten. Dabei bleibt der Standort Österreich für Palfinger für die Produktion sowie Weiterentwicklung der Premiumprodukte von zentraler Bedeutung. Klausner: „Für Österreich, wie auch für Palfinger, gilt, dass Wissen die wichtigste Ressource darstellt. Die globale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreich sicherzustellen ist aber die Aufgabe der Politik. Auch muss für ein richtiges Verhältnis zwischen Forschung, Entwicklung und Wertschöpfung in Österreich gesorgt werden.“ Es ist für Klausner klar, dass es dringend Veränderungen braucht: „Wir sind global nur wettbewerbsfähig, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, wenn sich Leistung lohnt und Unternehmertum wieder als Stärke wahrgenommen wird.“

Der Wunsch Klausners an die kommende Bundesregierung ist, dass sie den Mut hat, rasch umsetzbare Reformen anzugehen: „in der Steuerpolitik, in einer absehbaren Energiepolitik, in der Bürokratie aber auch in der Bildungspolitik.“



In Österreich konzentriert sich Palfinger auf Produktion und Entwicklung von Premiumprodukten.



René Haberl und Stefan Greimel,
Vorstände der Treibacher Industrie AG

Treibacher: Chancen im Ausland, Herausforderungen in Österreich

Die Treibacher Industrie AG, ein Traditionsunternehmen der chemischen Industrie mit Sitz in Treibach, Kärnten, beschäftigt weltweit rund 900 Mitarbeiter und erzielte 2023 einen Umsatz von 637 Millionen Euro. Trotz der starken Position am Standort Österreich sieht das Unternehmen Herausforderungen auf sich zukommen. René Haberl, Vorstand der Treibacher Industrie AG, betont die Stärken des Standorts: „Österreich bietet eine hervorragende Infrastruktur, hochqualifizierte Arbeitskräfte und eine starke Innovationslandschaft.“

Das sehen wir noch auf der ‚Haben‘-Seite.“ Doch auch für Treibacher ist klar, dass das Wachstum zunehmend außerhalb Europas stattfinden wird. „Wir haben eine hohe Exportquote, Europa ist dabei für uns seit jeher von zentraler Bedeutung. Andererseits ist klar, dass das Wachstum in den nächsten Jahren vor allem außerhalb Europas stattfinden wird. Auf diese Märkte mit höherer Dynamik, wie etwa Nordamerika und Ferner Osten, müssen wir stärker achten, unsere Kompetenzen werden weltweit geschätzt“, erklärt Treibacher-Vorstand Stefan Greimel. Neben den Chancen im Ausland, belasten die Energiepreise und hohen Lohnnebenkosten die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Greimel warnt: „Dieser Nachteil hat sich in den letzten Jahren verschärft, und Produktivitätssteigerungen reichen nicht mehr aus, um das auszugleichen.“ Auch bei der Treibacher Industrie AG sieht man dringenden politischen Handlungsbedarf. Haberl: „Wir erwarten eine klare Positionierung der Wirtschaftspolitik: Was wollen wir erreichen, wie genau setzen wir dies um? Dringend erforderlich ist eine Reduktion der Steuern und Abgaben auf Arbeit. Leistung und Vollzeitarbeit muss sich für die Menschen rentieren. Österreich muss auf die von der EU-Kommission angekündigte Verringerung der Berichtspflichten um 25 Prozent bestehen und das auch im nationalen Rahmen umsetzen.“

Welser Profile: Standortvorteile schwinden

Die Unternehmensgruppe Welser Profile, deren Geschichte bis ins Jahr 1664 zurückreicht, ist eines der ältesten Stahlunternehmen in Österreich. Mit rund 2.400 Mitarbeitern und einem Umsatz von 810 Millionen Euro im Jahr 2023 spielt das Unternehmen eine zentrale Rolle in der heimischen Wirtschaft. Doch trotz dieser tiefen Verwurzelung am Standort Österreich, gibt es auch bei Welser Profile wachsende Unzufriedenheit. Thomas Welser, CEO und Mitglied des Group Management Boards, kritisiert die aktuellen Rahmenbedingungen: „Es wird immer schwieriger, diese Standortvorteile zu finden, weil wir natürlich in der aktuellen Situation immer mehr mit Themen wie Fachkräftemangel, Kostensteigerungen, Bürokratismus, Gold Plating oder einer mangelnden Wirtschaftspolitik konfrontiert sind.“ Diese Entwicklungen führen zu einer zunehmenden Komplexität, die das Unternehmen stark belastet.

Dennoch betont Welser die enge Verbundenheit zum Land: „Wir sprechen unserem Land eine Liebeserklärung aus, indem wir seit über 360 Jahren wirtschaftlich tätig sind. Wir kennen und schätzen Österreich, die Kultur und die Menschen.“ Diese Loyalität steht jedoch unter Druck, denn auch für Welser ist klar, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt. Er sieht in der Balance zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem eine Schiefelage, die sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene angegangen werden muss.

„Wir brauchen eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik, die klare Ziele verfolgt und ein starkes Profil für Österreich und Europa schafft,“ fordert Welser. Dabei appelliert er an die politische Landschaft, über parteipolitische Differenzen hinweg zusammenzuarbeiten: „Es ist entscheidend, dass wir die vorhandene Kritik in konstruktive Lösungen umwandeln und gemeinsam nach vorne blicken. Nur so können wir den Wohlstand, das soziale Miteinander und die ökologische Verantwortung sichern.“



Fotos: Welser Profile

Thomas Welser, CEO und Mitglied des Group Management Welser Profile



„
Wir brauchen eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik, die klare Ziele verfolgt und ein starkes Profil für Österreich und Europa schafft.“

Mit rund 2.400 Mitarbeitern und einem Umsatz von 810 Millionen Euro im Jahr 2023 spielt Welser Profile eine zentrale Rolle in der heimischen Wirtschaft.

Primetals fordert Innovation und Bürokratieabbau

Primetals Technologies, ein Unternehmen der Mitsubishi Heavy Industries Group, beschäftigt weltweit rund 7.800 Mitarbeiter, davon 1.700 am Linzer Standort. Das Unternehmen ist ein globaler Akteur in der Stahlindustrie und spezialisiert auf grüne Stahlproduktion, Automatisierung und Digitalisierung. Seit April 2024 leitet Karl Purkarthofer das Unternehmen. Er betont die Bedeutung der grünen Transformation: „Grüner Stahl ist die Zukunft. Unsere Technologien tragen entscheidend zur Dekarbonisierung der Stahlindustrie bei.“ Linz, als größter Standort, fungiert dabei als Innovationszentrum und „Green-Steel-Kompetenzzentrum“. Purkarthofer sieht den Standort Oberösterreich als entscheidend für die Technologieentwicklung, mahnt aber auch zur Dringlichkeit. „Österreich muss schneller werden, besonders in Bereichen wie KI, Bürokratieabbau und Fachkräftemangel.“ Er fordert klare Rahmenbedingungen und staatliche Unterstützung für nachhaltige Industrie, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energie und Wasserstoff. ■



„*Grüner Stahl ist die Zukunft. Unsere Technologien tragen entscheidend zur Dekarbonisierung der Stahlindustrie bei.*“

Karl Purkarthofer, CEO Primetals Technologies Austria





SOS-WOHLSTAND: ACHT MASSNAHMEN ZUR REPARATUR DES INDUSTRIESTANDORTES

Österreich verliert zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit, bedingt durch hohe Energiepreise, steigende Arbeitskosten, Fachkräftemangel und übermäßige Bürokratie. Angesichts der bevorstehenden Nationalratswahl fordert die Industriellenvereinigung (IV) acht zentrale Maßnahmen, um den Standort zu stärken und Österreich wieder in die Spitzengruppe der Industriestandorte zu bringen.

1. Steuerquote auf 40 Prozent bis 2030

Die hohe Steuer- und Abgabenquote von 43,2 Prozent muss bis 2030 kontinuierlich auf 40 Prozent gesenkt werden. Österreich hat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Mit den Erbschafts- und Vermögenssteuerfantasien stellt sich Österreich selbst ein Bein. Fast kein Land in der EU setzt mehr auf diese veralteten Konzepte, stattdessen baut man auf Wachstum, Innovation und Leistung. Es braucht einen effizienten Staat, der es arbeitenden Menschen ermöglicht, sich etwas aufzubauen.

2. Die Fleißigen entlasten – Lohnnebenkosten senken

Österreich ist Weltmeister im Besteuern. Ausgehend vom Bruttolohn zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Österreich rund 46,8 Prozent an Abgaben auf Arbeit. Damit verzeichnet Österreich die vierthöchste Belastung in der OECD. Bei den Beiträgen, die durch den Arbeitgeber zu leisten sind, liegt Österreich mit 21,8 Prozent über 5 Prozentpunkte höher als Deutschland. Insbesondere durch eine massive Senkung der Lohnnebenkosten – ohne dabei den Sozialstaat in Frage zu stellen – gelingt es, dass den Menschen in diesem Land mehr Netto vom Brutto überbleibt.

3. Unternehmen statt unterlassen

In Österreich muss ein Zurückbesinnen auf vergessene Tugenden wie Leistung und Eigenverantwortung stattfinden. Es braucht eine Bewegung weg vom Vollkasko-Staat, der Eigeninitiative und Risikobereitschaft hemmt. Wir sollten stolz auf unsere verantwortungsvolle Wirtschaft und Industrie sein und sie fördern, anstatt sie durch unbegründete Hindernisse zu diffamieren und zu vertreiben. Dem gelebten Unternehmer-Bashing gilt es entschieden entgegenzutreten.

4. Green Deal neu

Bei der Umsetzung des Green Deals und der grünen Transformation ist es wichtig, dass nachhaltiges Handeln im Sinne der Wirtschaftlichkeit, sozialen Verträglichkeit und ökologischer Aspekte weiterhin rentabel bleibt und nicht durch zusätzlichen Bürokratieaufwand bestraft wird. Der Green Deal muss neu gedacht werden und endlich als technologieoffener, wettbewerbsfähiger Industrial Deal sowie als echter Wachstumsdeal gelebt werden.

5. Pensionsreformen unausweichlich

Das aktuelle Pensionssystem ist unfair und verbaut den nächsten Generationen die Zukunft. Bis 2050 wird unser Pensionssystem das Budget kumuliert mit einer Billion Euro belasten, wenn wir keine weiteren Reformen durchführen – eine Billion Euro, die wir in Bildung, Infrastruktur und unsere Innovationskraft investieren könnten. Es braucht eine konsequente Reform und moderne Ansätze zur Altersvorsorge. Durch konkrete Anpassungen im Pensionssystem muss das faktische Eintrittsalter in den kommenden Jahren dem OECD-Niveau angeglichen werden.

6. Exporte massiv steigern

Als Exportnation sind wir auf fairen Handel mit verlässlichen Partnern angewiesen. Mit einer Exportquote von 60 Prozent werden 1,2 Millionen Arbeitsplätze durch die Ausfuhr heimischer Produkte gesichert. Österreich muss deshalb seine ablehnende Position bezüglich fairer Freihandelsabkommen ändern und sich vom Blockierer zum Gestalter des Freihandels bewegen. Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für den Standort sind dabei unerlässlich, um unsere Exportwirtschaft zu stärken.

7. Befreiungsschlag aus dem Bürokratiedschungel

Es braucht einen Befreiungsschlag aus dem dichten Bürokratiedschungel in Österreich sowie der Europäischen Union. Österreich muss sich klar positionieren und auf die von der EU-Kommission angekündigte Verringerung der Berichtspflichten um 25 Prozent bestehen. Dabei muss bei der nationalen Ausgestaltung von EU-Richtlinien Gold Plating vermieden werden.

8. Wirtschaftsbildung in allen Schulen

Wirtschaftsbildung muss in der bildungswichtigen Grundbildung mehr Gewicht bekommen, um einerseits das Bewusstsein zu stärken, selbst ein Teil der Wirtschaft zu sein und andererseits, um die Fähigkeit zu vermitteln, sich in diesem System selbstbestimmt bewegen zu können. Dies erfordert eine verstärkte Einbindung der Praxis in den Lehrplan und eine gezielte Ausbildung der Pädagogen, um die Brücke zwischen Theorie und realer Wirtschaftswelt zu schlagen.

Interview

„Österreich darf nicht in die Protektionismusfalle tappen“

Monika Köppl-Turyna, Direktorin von EcoAustria, spricht im Interview über den wachsenden Protektionismus, Schwächen und Stärken des Wirtschaftsstandorts Österreich und die Risiken der 32-Stunden-Woche.

Was treibt den globalen Trend zu mehr Protektionismus, insbesondere in Ländern wie den USA und China, voran?

Monika Köppl-Turyna: Mehrere Faktoren spielen hier eine entscheidende Rolle. Zum einen hat die Corona-Pandemie gezeigt, dass in bestimmten Bereichen der Produktion Abhängigkeiten entstanden sind, die anfälliger sind als zuvor angenommen. Ein weiterer Faktor ist die Ukraine-Krise, die unsere Energieabhängigkeit deutlich gemacht hat. Hinzu kommt der Aufstieg Chinas, der den Welthandel maßgeblich beeinflusst und damit zu einer ökonomischen und auch geopolitischen Herausforderung, insbesondere für die USA und auch Europa, geworden ist. Die Globalisierung ist heute nicht mehr nur ein ökonomisches, sondern auch ein machtpolitisches Thema.

Wie sehr schadet diese Trendumkehr hin Richtung mehr Protektionismus der Weltwirtschaft?

Auf den ersten Blick mag das „America First“-Prinzip des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump bei vielen Wählern Anklang gefunden haben. Doch die Wirtschaftsdaten zeigen ein anderes Bild: Die von ihm eingeführten Zölle haben keine US-Arbeitsplätze gerettet. Im Gegenteil, sie haben zu

Arbeitsplatzverlusten und weiteren Preiserhöhungen geführt, die insbesondere die ärmere US-Bevölkerung hart treffen. Protektionismus stützt sich auf vereinfachte Annahmen, die der komplexen ökonomischen Realität nicht gerecht werden. Dieser Trend ist daher primär politisch motiviert und weniger ökonomisch begründet.

Hat die Pandemie nicht auch gefährliche Abhängigkeiten offenbart, die mit einem hohen Grad an Globalisierung einhergehen?

In Bezug auf Abhängigkeiten ist es wichtig, strategische Autonomie in bestimmten Bereichen zu wahren. Es besteht jedoch die Gefahr, den Bogen zu überspannen, wenn man versucht, immer mehr Produkte, etwa medizinische Güter oder Energie, als strategisch einzustufen und sie unbedingt im eigenen Land produzieren zu wollen.

Welche Folgen hat der aufkeimende Protektionismus für Europa und insbesondere Österreich?

Für ein exportorientiertes Land wie Österreich ist Freihandel essenziell. Doch in politischen Diskussionen begegnet mir oft ein vereinfachtes Verständnis: Exporte werden als gut, Importe als schlecht betrachtet. Dabei wird übersehen, dass unsere Industrie auf Vorprodukte und Rohstoffe aus

dem Ausland angewiesen ist. Günstige Importe senken die Produktionskosten und erhöhen unsere Wettbewerbsfähigkeit. Protektionismus würde hingegen die Kosten für Vorprodukte erhöhen und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit schwächen.

Wie können wir also der zunehmenden Abschottung der Volkswirtschaften begegnen?

Besonders ein kleines Land wie Österreich darf nicht in die Protektionismusfalle tappen, sondern muss auf Freihandel und stabile Partnerschaften setzen. Die Zahlen belegen das deutlich: Der Beitritt Österreichs zur EU und zum Binnenmarkt bringt uns jährlich etwa 4.000 Euro pro Person. Studien zeigen, dass Österreich zu den größten Profitoren gehört, da wir zollfrei exportieren und importieren können. Daher sollten wir so viel Freihandel und so viele strategische Partnerschaften wie möglich anstreben, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden.

Wo ist Österreich als Standort besonders attraktiv, und wo liegen unsere Schwächen?

Österreich bietet eine hohe Infrastrukturqualität, einen sicheren Rechtsrahmen und Stabilität als Investitionsstandort. Besonders stark sind wir in Nischenbranchen wie grüner

Produktion, Eisenbahnbereich, Energiewendekomponenten, pharmazeutischer Produktion und Life Sciences. Diese Bereiche bieten gute Chancen im internationalen Wettbewerb. Ein Nachteil sind die hohen Steuern und Abgaben, die Investitionen weniger attraktiv machen. Zudem verschärfen Überregulierung und „Gold Plating“ die Situation. Kritik gibt es auch am Bildungssystem, das oft nicht die benötigten Fachkräfte ausbildet, sowie beim Nachholbedarf in Digitalisierung und Lehrqualität.

Werden die Auswirkungen der hohen Kollektivvertragsanhebungen bedingt durch die Inflation weiterhin spürbar sein, oder sind sie bereits im Markt verarbeitet?

Die Lohnstückkosten haben sich in Österreich massiv von anderen Ländern entkoppelt, vor allem durch die Energiekrise und steigende Löhne. Das führt dazu, dass wir Kunden verlieren und der Standort für Investitionen unattraktiv wird. Die Auswirkungen sind bereits spürbar. Wir beobachten einen Rückgang der Investitionsquote in Österreich. Zudem veranlassen die höheren Kosten im Vergleich zur Konkurrenz viele Unternehmen kostengünstigere Standorte zu prüfen.

Wird sich dieser Trend auch in den Arbeitslosenzahlen niederschlagen, oder erwarten Sie hier eher geringere Auswirkungen?

Einerseits haben wir noch immer einen starken Fachkräftemangel, weshalb Unternehmen versuchen, ihre Mitarbeiter trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten zu halten. Allerdings könnte sich dies ändern, wenn die Konjunktur nicht bald anzieht. Mittelfristig dürfte die Arbeitslosigkeit daher steigen.

Wo liegen die größten Risiken und Chancen für den österreichischen Arbeitsmarkt angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels?

Ohne Migration wäre unsere Erwerbsbevölkerung seit drei Jahren bereits rückläufig. Selbst mit 30.000 bis



Monika Köppl-Turyna ist Direktorin des Wirtschaftsforschungsinstituts EcoAustria. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Öffentliche Finanzen, Verteilungsfragen, Arbeitsmarkt und Fragen der politischen Ökonomie.

40.000 Zuwanderern pro Jahr wird sie weiterhin leicht schrumpfen. Wir können also nicht allein auf die heimische Bevölkerung setzen, sondern müssen bestehende Arbeitskräfte besser auslasten und die strukturelle Arbeitslosigkeit angehen. Zudem ist Zuwanderung, auch in unqualifizierten Bereichen, unverzichtbar. Da andere EU-Länder ähnliche demografische Probleme haben, reicht eine EU-Zuwanderung nicht aus. Wir sollten arbeitswillige Asylbewerber frühzeitig integrieren und ihren Status nach zwei Jahren in reguläre Arbeitsmigration umwandeln. Auch muss die Arbeitszeit stabil bleiben, und das faktische Pensionsantrittsalter sollte zumindest auf das gesetzliche Pensionsalter angehoben werden – derzeit liegt es in Österreich bei Männern knapp über 60, einem der niedrigsten Werte weltweit.

Ein immer wieder diskutiertes Thema ist die 32-Stunden-Woche. Halten Sie das für realistisch?

Eine 25-prozentige Arbeitszeitverkürzung würde eine unrealistische Produktivitätssteigerung von 33 Prozent erfordern. Bisherige Zuwächse lagen

bei nur drei bis vier Prozent. Besonders in der Industrie und bei Dienstleistungen ist ein solcher Anstieg unwahrscheinlich. Eine 32-Stunden-Woche würde, realistisch betrachtet, die Produktion und das BIP um sieben bis acht Prozent reduzieren und die Wettbewerbsfähigkeit senken. Die Lohnstückkosten würden auch ohne Lohnausgleich steigen. Kurz gesagt, eine 32-Stunden-Woche wäre wirtschaftlich nicht tragbar.

Wo sehen Sie Österreich in zehn Jahren?

Wirtschaftsforscher sagen oft: „Es kommt darauf an“ – und das trifft auch hier zu. Mit einem Wachstum unter zwei Prozent und anhaltend höherer Inflation sind die mittelfristigen Aussichten düster, wenn wir nicht handeln. Bleiben wir bei „business as usual“, riskieren wir in zehn Jahren weniger Investitionen und einen unattraktiveren Standort. Doch wenn wir jetzt die großen Themen anpacken, gibt es erhebliches Potenzial. Unsere starken Branchen können wettbewerbsfähig bleiben, wenn wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.



CHINA, USA, EU – DAS NEUE GEFÜGE DER WELTMÄCHTE

Wir erleben eine Zeitenwende. Das Machtgefüge zwischen den Weltmächten verschiebt sich sowohl politisch wie auch wirtschaftlich. Es steht außer Frage, dass sich die strategische Rivalität zwischen China und den USA in den vergangenen Jahren deutlich intensiviert hat. Doch wo steht Europa?

Ein Zitat von Napoleon besagt: „Lasst China schlafen, denn wenn es erwacht, wird es die Welt erschüttern.“ Haben sich die USA und Europa Macht und Einfluss bisher untereinander aufgeteilt, so hat sich mit China ein potenter dritter Player auf der wirtschaftlichen Bühne etabliert. China schläft nun nicht mehr. In den vergangenen Jahrzehnten ist China wirtschaftlich aufgewacht. Doch es geht nicht nur um die wirtschaftliche Vormachtstellung, es geht auch um politischen Einfluss. Ein Umstand, den die USA und Europa deutlich zu spüren bekommen.

Neue Spielregeln

„Für die USA ist China der größte Herausforderer, weil sie eine andere Weltsicht haben als die Amerikaner,“ erklärt dazu Frank Sieren, Bestsellerautor und China-Experte. China arbeite gemeinsam mit den BRICS-Staaten und anderen Ländern an einer Weltordnung, in der ein Konsensprinzip gilt. Eine Ordnung also, in der nicht mehr der Stärkere, sondern die Mehrheit die Richtung prägt. Das ist der zentrale Punkt der Rivalität zwischen China und den USA. „Die Amerikaner merken immer deutlicher, dass sich ihre Macht, die Spielregeln in der Welt durchzusetzen,

dramatisch verringert.“ Peking wünscht sich, dass Europa in diesem Machtspiel der dritte große Player wird, eine ernsthafte Alternative zu den USA. „Aus der Sicht Pekings stellt sich Europa aber sehr ungeschickt an, wenn es darum geht, gemeinsame Interessen zu finden und diese international zu vertreten“, erklärt der Bestsellerautor. Aus der Sicht Pekings orientiere Europa sich viel zu eng an den USA.

Verlust wirtschaftlicher Stärken

Europa ist drauf und dran seine wirtschaftlichen Stärken wie die Maschinenbau- und Autoindustrie zu verlieren. Viel zu zögerlich wurde auf die wirtschaftliche Innovationskraft Chinas reagiert. So als könne man nicht glauben, dass hier existenzbedrohende Konkurrenz möglich ist. Nun stehen sogar Werksschließungen in der deutschen Automobilindustrie im Raum. Andere Länder waren mit der Entwicklung von E-Autos schneller – allen voran natürlich China. Deutsche Autos standen für hohe Qualität und Verlässlichkeit, das führte weltweit zu einem hohen Marktanteil. Der Umstieg auf die E-Mobilität wurde jedoch von den Herstellern „verschlafen“, Marktanteile gehen verloren.

„Der Erfolg chinesischer Autos beruht nicht mehr darauf, dass sie Know-how klauen und ihre Industrie subventionieren, sondern dass sie innovative, eigenständige Autos bauen, eben nicht mehr nur in der Mittel- und in der Kompaktklasse, sondern auch bei den Premium-Fahrzeugen“, so Sieren. Hinzu kommt: Hohe Erträge der europäischen Autoindustrie kamen bisher aus China. Diese Erträge schmelzen nun weg. Unter dem Strich hat das verheerende Folgen für die europäischen Autobauer.

Spielregeln der Innovation

Europa habe seine Innovationskraft verloren und auch den Mut zum Risiko, so Sieren. Die Grundlagenforschung sei zwar noch herausragend, daraus jedoch ein wirtschaftlich erfolgreiches Alltagsprodukt zu generieren, falle immer schwerer. „Das können die Amerikaner besser als die Europäer.“ Der dritte Punkt sei die produktive Zusammenarbeit zwischen Staat, innovativer Privatwirtschaft und Startup. „In Europa neigt der Staat eher dazu, bei Innovationen mit Regulierung zu reagieren. Das hat einen einfachen Grund: Regeln kann man leicht aufstellen, und innerhalb einer Legislaturperiode umsetzen. Häufig führen jedoch zu viele Regeln dazu, dass die Industrie die Lust verliert, innovativ zu sein.“ In China ist dies anders. Da gibt es zuerst Geld, um von Seiten des Staates Wettbewerb herzustellen, damit man vorankommt. Erst wenn die Innovation alltagspraktisch funktioniert und man Erfahrungen mit ihr hat, generiert man aus diesen Erfahrungen Regeln. In dieser Hinsicht kann Europa von China lernen, gibt Sieren zu bedenken.

Die Bedeutung der BRICS-Staaten

Ob die BRICS-Staaten, zu denen neben Brasilien, Russland, Indien und China auch Südafrika, und seit Jahresbeginn 2024 auch Ägypten, Äthiopien, Iran und die Vereinigten



Frank Sieren als Speaker am Salzburg Summit der Industriellenvereinigung.

Arabischen Emirate gehören, im Match der Weltmächte mitmischen werden, sind sich die Experten nicht einig. Ein Ziel von BRICS ist es jedoch, ein Gegengewicht zur wirtschaftlichen und politischen Dominanz des Westens zu bilden. Auf die BRICS-Staaten entfallen 46 Prozent der Weltbevölkerung, die G7 (USA, Kanada, Japan, UK, Deutschland, Frankreich, Italien) bringen es nur auf zehn Prozent. Schon seit 2022 ist der Anteil von BRICS an der weltweiten Wirtschaftsleistung größer als jener der G7 Länder: 35,6 Prozent für BRICS vs. 31,6 Prozent für die G7. Innerhalb der BRICS ist China ebenso dominant, wie es die USA bei den G7-Staaten sind. Damit zeigt sich auch hier, dass es weiterhin auf ein „Match“ zwischen den USA und China hinauslaufen wird.

”

In Europa neigt der Staat eher dazu, bei Innovationen mit Regulierung zu reagieren.

Frank Sieren

USA nach der Wahl

Auf der anderen Seite steht in den USA die Präsidentschaftswahl an, was einen weiteren Unsicherheitsfaktor für Europa darstellt. Vom Ausgang der Wahl wird für Europa einiges abhängen. „Prinzipiell trauen die Finanzmärkte Trump mehr wirtschaftliche Kompetenz zu. Man muss aber auch zugestehen, dass die Wall Street besonders unter den demokratischen Präsidenten Clinton und Obama sehr gut performt hat“, erklärt Monika Rosen, Börsenexpertin und Vizepräsidentin der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft.



Monika Rosen war mehr als 20 Jahre Chefanalystin einer heimischen Großbank. In ihrer aktuellen Funktion als Vizepräsidentin der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft ist sie gefragte Spezialistin zu allen Themen rund um den Finanzmarkt – hier am Salzburger Summit der Industriellenvereinigung.

Politanalyst Bernhard Seyringer: „Die USA werden die strategische Entwicklung ihrer Wirtschafts- und Industriepolitik ungeachtet des Wahlergebnisses vorantreiben. Auch Präsident Biden hat den Kurs in der internationalen Wirtschaft mehr oder weniger von Präsident Trump übernommen. Die Strategiefähigkeit der US-Institutionen ist beachtlich, hier sollte Europa ein hohes Maß an Lernbereitschaft zeigen.“

Es ist anzunehmen, dass die USA bei einer grundsätzlich protektionistischen Haltung bleiben werden, egal, wer im November die Wahl gewinnt. Eventuell wird die Akzentuierung in diese Richtung unter Trump stärker ausfallen als unter Harris. „Europa muss sich daher, verstärkt um die eigenen Hausaufgaben kümmern. Wir müssen in puncto Technologie und Ökologie zukunftsfit werden, um international bestehen zu können“, ist Rosen überzeugt.

Zwischen China und den USA

Viele heimische Industriebetriebe spielen auch mit dem Gedanken, zumindest teilweise aus Europa abzusiedeln. Dazu Seyringer: „Die europäische Industrie sollte sich nicht auf die Flucht vor europäischer Politik machen. Obwohl diese aktuell kein Interesse an Wohlstand und Zukunft ihrer Bürger zeigt, sondern ausschließlich ideologische Ziele verfolgt, die noch dazu den wirtschaftlichen Wettbewerbern beinahe Komplizenhaft in die Hände spielen.“ Die EU-Institutionen müssten sich wieder für eine europäische, wohlfördernde Industriepolitik stark machen. Ein diesbezügliches Einwirken wäre dringend erforderlich, so Seyringer. „Die europäische Industrie ist ein starker, wichtiger Player, der für die Wiedereinführung von Vernunft und Faktenorientierung – der Kern der

vielzitierten europäischen Werte – in den Institutionen politisch Einfluss nehmen muss.“

In China werden seit Ende der 1950er-Jahre enorme Ressourcen dafür abgestellt, um europäische Technologie-, Wirtschafts- und Außenpolitik genauestens zu beobachten. In Europa kümmert man sich hingegen kaum darum. „Diesen Informationsvorsprung Europa gegenüber, macht man sich in Peking zu Nutze, wenn es darum geht, wirtschaftspolitische Weichenstellungen mit den USA zu hintertreiben. Manchmal ja durchaus mit dem Wohlwollen mancher europäischen Staaten. Von denen müssen einige aktuell lernen, dass „Win-win“ in China bedeutet, dass China zweimal gewinnt“, so Seyringer.

Aktuell hat Europa auch den Wettlauf um die Digitalisierung mit den USA verloren. Billiger als China zu produzieren, ist nicht zu schaffen, das werde ebenfalls Einbußen bringen. Europa muss sich daher auf seine Kernkompetenzen besinnen, dazu gehören sicher Nachhaltigkeit und Umweltschutz. „Europa muss verstärkt als gemeinsamer Wirtschaftsraum agieren, um die Synergien zu heben. Darin steckt natürlich auch die Chance des weiterentwickelten „Gemeinsamen Marktes“, wie sie der Letta-Report beschreibt. Europa ist dabei Teil des „Westens“, ideologisch wie wirtschaftlich“, so Rosen. Ein Beispiel dafür sind die Strafzölle auf chinesische E-Autos: Ebenso wie die USA, hat auch die EU solche Zölle eingeführt, wenngleich das Ausmaß deutlich moderater ausfiel als bei den Amerikanern. Rosen: „Vielleicht liegt in einer gewissen Brückenfunktion auch eine mögliche Antwort, wie wir als Europäer unseren Platz in einer multipolaren Welt besser behaupten können“, sagt Rosen abschließend. ■

STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Europa hat alle Voraussetzungen, die es für ein gutes Leben braucht. Neben einem hohen Bildungsstandard, haben wir ausreichend Raum für Individualität und Freiheit, den erfolgreiches Wirtschaften und Innovationen benötigen. Allerdings machen wir uns das Leben durch unter anderem die viel zu hohe Bürokratisierung, den Regulationswahn und nicht zuletzt durch die hohe Steuer- und Abgabenlast selbst schwer. Das führt zu hohen Produktkosten und verschlechtert unsere Wettbewerbsfähigkeit massiv. Als Optimistin bin ich zuversichtlich, dass wir diese systemischen Probleme lösen und wieder zu einem großartigen Standort werden können. Da muss auch nicht automatisch ein vernünftiges Sozialsystem darunter leiden.“

Julia Aichhorn, Geschäftsführerin der Aichhorn Group und
JI-Bundesvorsitzende

„Wie kann Europa bzw. Österreich seine Wettbewerbsfähigkeit stärken? Erstens über die Steuerpolitik: Wir müssen den so massiv gestiegenen Lohnstückkosten durch eine drastische Reduktion der Abgabenquote auf 40 Prozent entgegenwirken. Zweitens über die Änderung unserer Haltung und Werte. Hier geht es um das Grundprinzip: Leistung muss sich wieder lohnen! Außerdem sollten wir zukunftsfähige Industrie-sektoren wie zB Green Tec definieren und für diese ein „Europe First“ Paket auf die Beine stellen, um im internationalen Wettbewerb weiter bestehen zu können. Für die EU sollte außerdem gelten: Bürokratie runter, aber Marktanreize rauf! Durch Freihandelsabkommen wird der Markt positiv angekurbelt.“

Peter Unterkofler, Geschäftsführer Jacoby GM Pharma GmbH und
Präsident IV Salzburg



„Die drei entscheidenden Herausforderungen sind bekannt: Energiepreise, Fachkräfte und überbordende Bürokratie auf allen Ebenen. Europa wird sich nur fangen können und eine Trendumkehr erreichen, wenn es systematisch diese Themen löst. Der gemeinsame europäische Markt muss durch den Abbau interner Barrieren weiter vertieft werden. Nationales Abschotten in den Bereichen Energie, Fachkräfte oder auch dem Kapitalmarkt sind die falsche Richtung. Der freie Markt gerät unter Bedrängnis. Alle, die geglaubt haben, vor allem durch staatlichen Dirigismus Probleme zu lösen, sind in der Vergangenheit gescheitert. Nur durch das Freisetzen von Innovation in einem marktwirtschaftlichen Umfeld wird es gelingen, unsere Herausforderungen zu lösen – das gilt für soziale, wie auch umweltrelevante Themen.“

Georg Feith, Geschäftsführer CAG Holding

„Als Vater von drei Kindern und Unternehmer im Green-Tech-Bereich, ist mir das Thema Energiewende und Klimaschutz ein großes persönliches Anliegen. Aber es braucht eine innovative und starke Industrie, um die aktuellen Herausforderungen im Umweltbereich erfolgreich meistern zu können. Es müssen daher nach der Nationalratswahl dringend Maßnahmen ergriffen werden, um die Industrie in unserem Land wieder zu stärken, Innovationen zu fördern, die überbordende Bürokratie abzubauen, und eine steuerliche Entlastung sowohl für Unternehmer als auch für deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erreichen.“

Kari Ochsner, Geschäftsführer von Ochsner Wärmepumpen und
Präsident IV Niederösterreich



HOTSPOTS DER INNOVATION IN ÖSTERREICH

AIT:

Das Austrian Institute of Technology (AIT) ist Österreichs größte außeruniversitäre Forschungseinrichtung. Rund 1.400 Mitarbeiter forschen an verschiedenen Standorten an der Entwicklung von Tools, Technologien und Lösungen für Wirtschaft und Staat. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf angewandter Infrastrukturforschung.

COMET Kompetenzzentren:

In den COMET Kompetenzzentren wird österreichweit anwendungsorientierte Spitzenforschung auf höchstem Niveau betrieben. 24 COMET-Zentren in drei Programmlinien finden sich zwischen Innsbruck und Wien. Der Schwerpunkt liegt auf Schlüsselthemen der Zukunft wie Klimaschutz, Digitalisierung, Mobilität und Gesundheit.

ISTA:

Das Institute of Science and Technology Austria (ISTA) widmet sich ganz der Grundlagenforschung in Österreich. 2009 in Klosterneuburg eröffnet, gehen heute über 80 Forschungsgruppen in den Bereichen Mathematik, Informatik, Physik, Chemie, Neurowissenschaften, Biologie sowie Erdwissenschaften und Astrophysik am Standort Klosterneuburg ihrer Arbeit nach.

EDIHs:

European Digital Innovation Hubs (EDIHs) sind europaweit verteilte Zentren, welche die Einführung von digitalen Technologien in der Wirtschaft und im öffentlichen Bereich fördern. Derzeit existiert ein Netz von über 150 EDIHs – finanziert über das DIGITAL Europe Programm der Europäischen Kommission. In Österreich wurden mit den Digital Innovation Hubs zentrale Anlaufstellen für die digitale Transformation eingerichtet.

Silicon Austria Labs:

Die Silicon Austria Labs (SAL) sind ein europäischer Forschungs-Hub für die Elektronikindustrie im Forschungsdreieck Graz – Linz – Villach. Der Forschungsschwerpunkt liegt auf Microsystems, Sensor Systems, Intelligent Wireless Systems, Power Electronics und Embedded Systems. An den drei Standorten wird sowohl auf Modell- als auch auf Hardwareebene sowie auf der dazugehörigen eingebetteten Softwareebene geforscht.

Material Center Leoben:

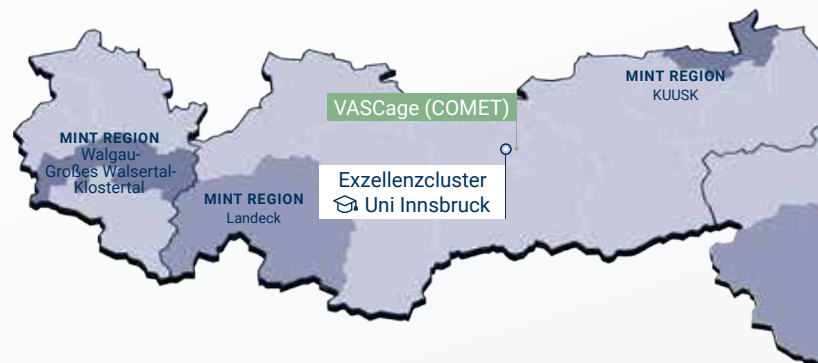
Das Material Center Leoben (MCL) ist eines der führenden außeruniversitären Forschungsunternehmen auf dem Gebiet der Werkstoffwissenschaft in Österreich. Am Sitz in Leoben wird das materialwissenschaftliche Know-how der Eigentümer und Forschungspartner gebündelt und Wirtschaftsunternehmen über gemeinsame F&E im Bereich Werkstofftechnik, Verfahrenstechnik und Produktentwicklung zur Verfügung gestellt.

MINT-REGIONEN:

MINT-Regionen sind regionale Netzwerke aus Bildungs- und Forschungseinrichtungen und Unternehmen, im Bereich der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Ziel ist es, heimischen Nachwuchskräften entlang der Bildungskette Angebote zu machen wie z.B. praxisorientierte Workshops, Veranstaltungen und Mentoring-Programme in den jeweiligen regionalen Schwerpunktthemen.

Vienna BioCenter:

Das Vienna BioCenter ist ein Life-Science-Cluster mit Standort St. Marx in Wien. Es umfasst zwei Universitäten, sechs Forschungseinrichtungen und 50 Biotech-Unternehmen sowie 3.000 Mitarbeiter. Wissenschaftler, Studenten und Unternehmer kommen im Vienna BioCenter zusammen, um ein hochdynamisches Umfeld mit international wettbewerbsfähigen Standards zu schaffen.



Wasserstoff Valley:

Das bundesländerübergreifende „Wasserstoff-Valley“ (Oberösterreich, Steiermark, Kärnten) soll als EU-Projekt industrielle Anwendungen der Umstellung auf Wasserstoff als Energieträger in den Bereichen grüner Stahl, Chemie, Zement und Kalk erforschen. Die geplanten Projekte decken die gesamte Wertschöpfungskette des Wasserstoffs ab – von der Produktion bis hin zur Speicherung und Nutzung.

Green Tech Valley:

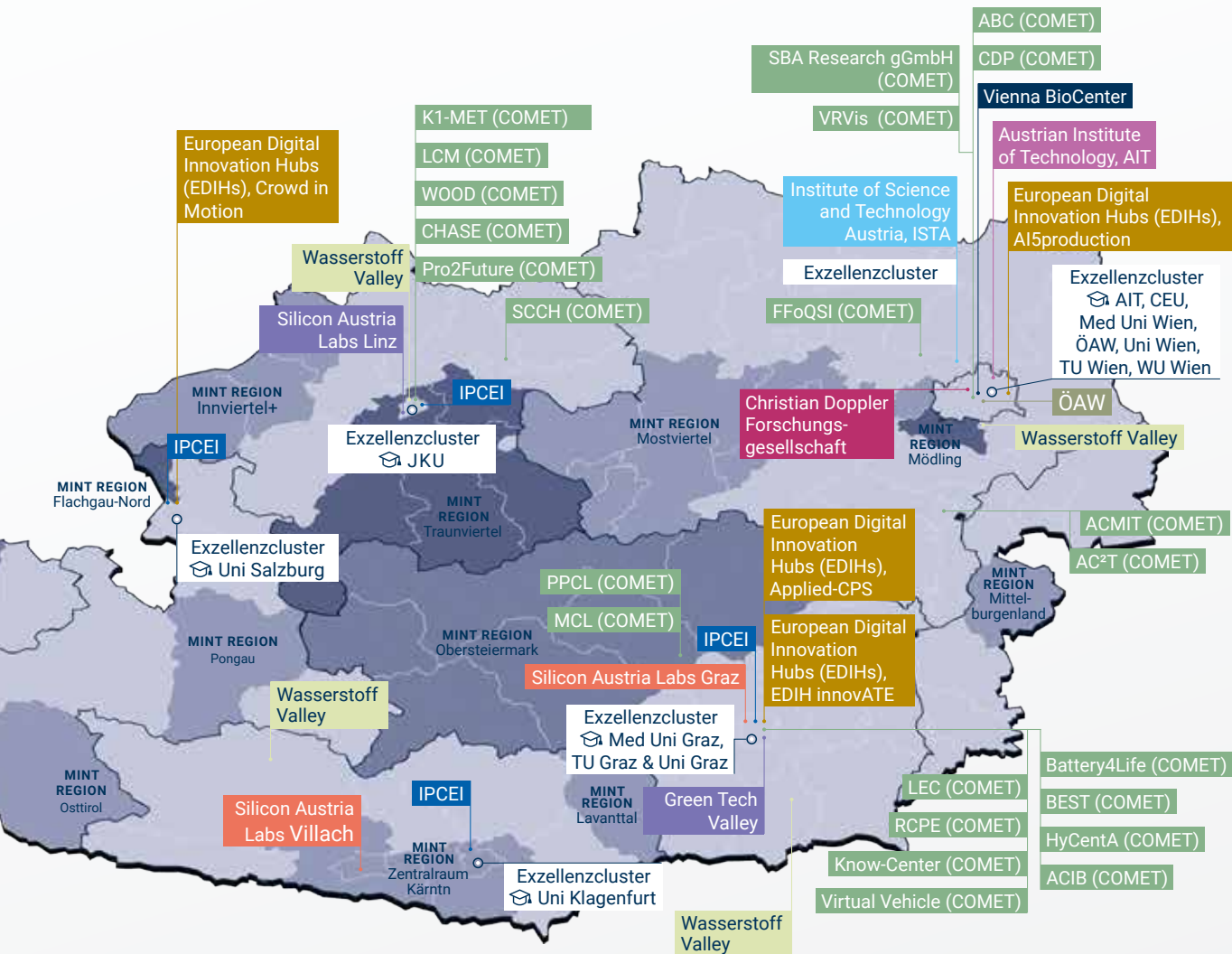
Das Green Tech Valley ist ein Netzwerk und Technologie-Hotspot für Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft im Süden Österreichs. Aktuell arbeiten über 2.300 Forscher am Standort Steiermark und Kärnten an den grünen Lösungen der Zukunft. Das Green Tech Valley vereint die Expertise von über 800 Unternehmen darunter 300 globale Green Tech Pioniere & Technologieführer an einem Ort.

ÖAW:

Die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) ist Österreichs zentrale außeruniversitäre Einrichtung für Wissenschaft und Forschung. Sie betreibt 26 Forschungsinstitute im Bereich der Grundlagenforschung in den Geistes-, Kultur-, Sozial- und Naturwissenschaften und beschäftigt 1.800 Mitarbeiter. Neben der wissenschaftlichen Talentförderung, vertritt sie Österreich in internationalen wissenschaftlichen Organisationen.

CDG:

Die Christian Doppler Forschungsgesellschaft (CDG) ist ein privater Verein von Unternehmen, der im Rahmen von Public Private Partnerships zusammen mit staatlichen Stellen, die Entwicklung und Forschung der CD-Labors und JR-Zentren finanziert. Über 1.270 Personen arbeiten in den Forschungseinheiten der CDG, ein Großteil davon im Digitalisierungs-Cluster „Mathematik, Informatik, Elektronik“ sowie in Life Sciences/Medizin.



Exzellenzcluster:

In den sieben österreichweiten Exzellenzclustern wird an Universitäten und außeruniversitären Forschungsstätten in unterschiedlichen Zusammensetzungen Grundlagenforschung betrieben. Dabei stehen Schlüsselthemen wie Energiespeicherung, Quantentechnologien, globale Gesundheit, Zukunft des Wissens, kulturelles Erbe Eurasiens, gesundes Altern und künstliche Intelligenz im Fokus. Clusters of Excellence bieten eine Kombination von Spitzenforschung, forschungsgeleiteter Ausbildung und Nachwuchsförderung.

IPCEI:

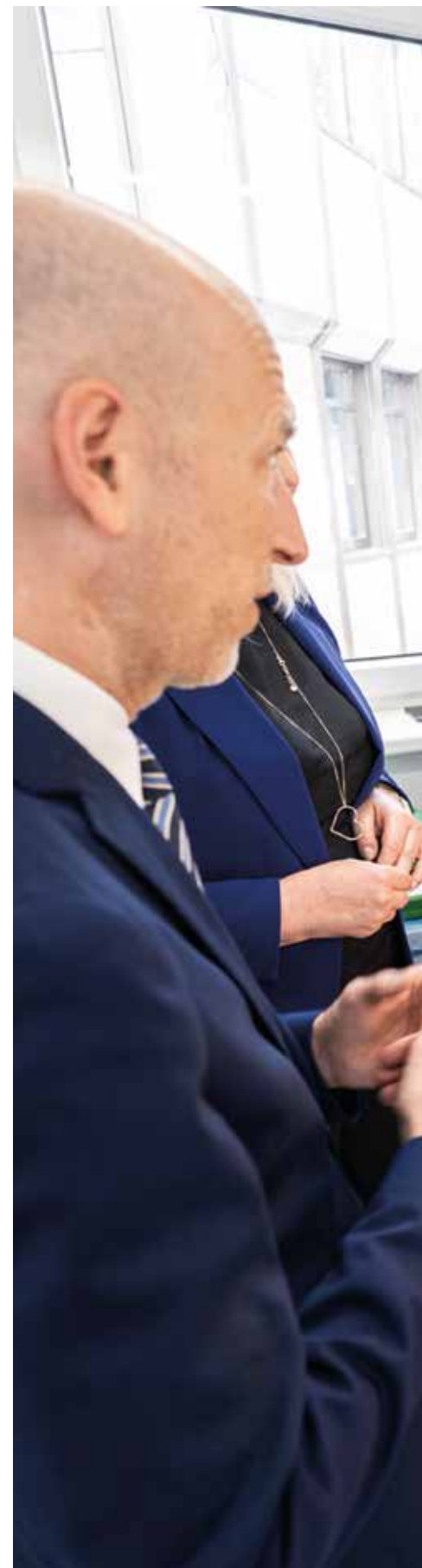
Important Projects of Common European Interest (IPCEI) sind ein beihilferechtliches Instrument der Europäischen Union, welches transnationale Kooperationen und die Abbildung der Wertschöpfungskette von der angewandten Forschung bis zur erstmaligen industriellen Umsetzung fördert. Europäische Ziele wie die grüne und digitale Transformation sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und strategischen Autonomie Europas sollen dadurch vorangetrieben werden. Österreichische Unternehmen beteiligen sich derzeit an vier IPCEIs:

- **IPCEI Mikroelektronik I:** Infineon, AT&S, NXP Semiconductors Austria
- **IPCEI Mikroelektronik II:** AT&S, AVL, EEMCO, Infineon Austria, NXP Semiconductors Austria, SAL
- **IPCEI Batteries:** ams OSRAM, AIT, AVL, Borealis, delfortgroup AG, K1-MET, MCL, MIBA, MIBA Battery Systems, Rosendahl Nextrom, Varta Micro Innovation
- **IPCEI Wasserstoff:** AVL List, Borealis Agrolinz Melamine, Christof Systems, Plastic Omnium New Energies Wels, Robert Bosch, Verbund

ÖSTERREICH GEHEN DIE ARBEITS- KRÄFTE AUS

Der Fach- und Arbeitskräftemangel hat bereits jetzt massive Auswirkungen auf die Wirtschaft, das wird sich in den kommenden Jahren noch verstärken. Was getan wird und was noch umgesetzt werden muss.

Die Bestandsaufnahme ist düster. Auch wenn der wirtschaftliche Aufschwung in Österreich und Europa weiter nicht wirklich startet, leidet die Industrie bereits jetzt unter einem Fach- und Arbeitskräftemangel. Ein aktueller Bericht des Wirtschaftsministeriums an das Parlament nennt einen geschätzten Fach- und Arbeitskräftemangel von 210.000 Personen. In den kommenden zehn bis 12 Jahren erwartet man in Österreich eine Lücke von etwa 540.000 Arbeitskräften. Wenn neue Aufträge kommen, wird es also genau daran fehlen, was es am meisten bräuchte: den Arbeitskräften, die den Aufschwung gestalten – jene, die Anlagen für die Energiewende bauen, die Digitalisierung vorantreiben und Europas Potenzial in Schlüsseltechnologien nutzen, aber auch jene, die das Brot backen, die Ernte einholen, Alte und Kranke versorgen und Kinder und Jugendliche ausbilden. Eine Herausforderung, die nur gesamtgesellschaftlich



Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Kocher
im Gespräch mit Mitarbeitern bei delsci.



Foto: ENZO HOLEY



”

Die größte Herausforderung liegt in der Entwicklung der Demografie und des Arbeitsvolumens.

Martin Kocher

gestemmt werden kann. Denn ohne genug Arbeitskräfte kann Österreich auch von einer global stärker wachsenden Konjunktur weniger profitieren. Dass hier gegengesteuert werden muss, ist auch der Politik bewusst. „Die größte Herausforderung liegt in der Entwicklung der Demografie und des Arbeitsvolumens. Daher ist es wichtig, Vollzeitarbeit durch unter anderem Lohnnebenkostensenkungen zu attraktivieren. Zudem steht Österreich im Wettbewerb mit anderen Ländern um die besten Köpfe, daher sollen die Bewilligungen von Rot-Weiß-Rot-Karten noch weiter beschleunigt werden“, erklärt Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Kocher.

Herausforderung Demografie

Die von Kocher angesprochene demografische Entwicklung betrifft tatsächlich nicht nur Österreich, sondern ganz Europa. Die erwerbsfähige Population Europas ist laut Eurostat seit Ende 2019 um mehr als 0,7 Prozent gesunken; die Altersgruppe 25–54 ist im selben Zeitraum sogar um mehr als 1,8 Prozent geschrumpft.

Die Babyboomer-Generation ist in Österreich laut EcoAustria die am stärksten besetzte Alterskohorte. 70.000 Menschen, die heute zwischen 54 und 63 Jahre alt sind, wurden in den 1960er-Jahren geboren. Diese Zahl ist schon für die 30- bis 39-Jährigen mit jeweils gut 60.000 Personen spürbar niedriger. Die Kohorte der 10- bis 19-Jährigen ist mit jeweils rund 45.000 Frauen und Männern in den einzelnen Jahrgängen aber deutlich schwächer besetzt.

Weil die geburtenstarken Jahrgänge nun schrittweise in Pension gehen und den Arbeitsmarkt verlassen, kommt es zu einer Trendwende bei der Zahl der erwerbsfähigen Menschen – mit Stand 5,54 Millionen im Jahr 2022. Gemäß der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria wird die erwerbsfähige Bevölkerung wohl bereits heuer erstmals nicht mehr zunehmen und bis zum Jahr 2035 auf 5,3 Millionen abnehmen. Dieser Rückgang ergibt sich trotz einer weiterhin recht kräftigen Nettozuwanderung von durchschnittlich 33.600 Personen pro Jahr.

Qualifizierte Zuwanderung

Auch der von Kocher angesprochene Wettbewerb mit anderen Ländern um die besten Köpfe bleibt eine Herausforderung. „Um Österreich für internationale Fachkräfte attraktiv zu machen, müssen wir nicht nur wettbewerbsfähige Löhne bieten, sondern auch ein Umfeld schaffen, in dem sich Menschen wohlfühlen. Dazu gehören moderne Arbeitsbedingungen und eine hohe Lebensqualität. All das bieten wir. Die Lohnnebenkosten müssen sinken, damit mehr netto bleibt, wenn man arbeitet; Überstunden sollen nicht besteuert werden – also mehr Leistungsgerechtigkeit.“ In diesem Bereich, betont er, konnten mit der Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte bereits Fortschritte erzielt werden.

Potenziale heben

Doch neben der Zuwanderung gibt es laut Kocher noch Potenziale zu heben. Etwa beim Thema Vollzeit: die Schere zwischen Vollzeit- und Teilzeitarbeit geht in Österreich immer weiter auf. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten hat sich in den vergangenen 50 Jahren massiv erhöht, von 199.200 Personen im Jahr 1974 auf mittlerweile 1,39 Millionen Personen, die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten hat dagegen bis 1994 zugenommen, um dann bis 2023 auf 3,1 Millionen zurückzugehen. Die Gründe dafür sind bekannt: Einerseits zahlt es sich aufgrund der Steuerstufen in Österreich finanziell weniger aus als in anderen Ländern, von Teilzeit auf Vollzeit aufzustocken. Stockt eine 20-Stunden-Kraft ihre Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden auf, arbeitet sie um 50 Prozent mehr und verdient auch brutto um die Hälfte mehr – netto bleiben aber laut einer Berechnung von Agenda Austria nur 32 Prozent mehr Lohn übrig. Bei einer Aufstockung auf 40 Stunden, also um 100 Prozent, bleiben netto nur 66 Prozent mehr Lohn. Neben einer weiteren Senkung der Lohnnebenkosten sieht die Industriellenvereinigung Potenzial in einem steuerlichen Freibetrag, wenn Teilzeitkräfte auf Vollzeit aufstocken. Und andererseits gibt es zu wenige Kinderbetreuungsplätze, die vielen Eltern eine Vollzeitbeschäftigung überhaupt erst ermöglichen würden. Auch die Anzahl



Wirtschaftsminister Martin Kocher (3.v.l.) zu Besuch im Bosch Engineering Center in Linz.

der durchschnittlich geleisteten Wochenstunden ist in den vergangenen 20 Jahren laut den Mikrozensus-Zahlen der Statistik Austria stark zurück gegangen. Im Schnitt hat diese Zahl von knapp 36 Wochenstunden im Jahr 2004 auf aktuell 30 Stunden abgenommen. Und auch nach dem coronabedingten Einbruch im Jahr 2020 durch die großflächig eingeführte Kurzarbeit, erfolgte in den letzten beiden Jahren nur eine geringfügige Erholung.

Potenzial für mehr getätigte Arbeit gibt es auch beim faktischen Pensionsantrittsalter. In Summe scheiden Österreicher im Europavergleich weiterhin viel zu früh aus der Erwerbstätigkeit aus. Der Anteil der 60- bis 64-jährigen Erwerbstätigen ist in Österreich mit 32,2 Prozent deutlich niedriger als etwa in Deutschland, wo in dieser Altersgruppe 62,9 Prozent berufstätig sind. Im EU-Schnitt ist die Erwerbstätigkeit Älterer zuletzt gestiegen.

Doch um all diese Potenziale zu heben, ist es entscheidend, dass auch die Politik das Problem erkennt und entsprechende Maßnahmen setzt.

Was die Politik tun kann

„Kurzfristig setzen wir auf den Ausbau der Lehre, der Höheren Beruflichen Bildung und auf Aus- und Weiterbildungs-

programme in der aktiven Arbeitsmarktpolitik, um Fachkräfte schnell in den Arbeitsmarkt zu bringen. Der Ausbau der Kinderbetreuung verstärkt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, erklärt Kocher die Pläne. „Langfristig müssen wir noch mehr in die Ausbildung der nächsten Generationen investieren, insbesondere in MINT-Berufen. Die gezielte Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland ist ebenfalls Teil unserer Strategie.“

Kocher betont dabei, dass die zu Ende gegangene Legislaturperiode bereits genutzt wurde, um Weichenlegungen zu setzen: „In der vergangenen Legislaturperiode haben wir zahlreiche Initiativen umgesetzt, um auf den Arbeitskräftebedarf zu antworten. Dazu zählen die Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte und viele Maßnahmen zur besseren Qualifizierung und Vermittlung beim AMS. Im Bereich der Berufsausbildungen haben wir die kostenlosen Meister- und Befähigungsprüfungen, neue Lehrberufe wie die Pflegelehre und die Höhere Berufliche Bildung eingeführt.“

Nun wird es nach der geschlagenen Nationalratswahl an einer neuen Regierung liegen, die nächsten Schritte zu setzen. Die notwendigen Maßnahmen liegen jedenfalls am Tisch. ■



Interview

„Disruptionen einen Schritt voraus sein“

Patricia Neumann ist Vorstandsvorsitzende der Siemens AG Österreich und spricht im Interview über den Fachkräftemangel im IT-Bereich sowie Herausforderungen und Chancen der grünen und digitalen Doppel-Transformation.



Patricia Neumann ist seit Mai 2023 Vorstandsvorsitzende der Siemens AG Österreich. Davor war sie mehr als 25 Jahre bei IBM, wo sie zuletzt den Software-Vertrieb für Daten, Künstliche Intelligenz und Automation in Europa, den Mittleren Osten und Afrika verantwortete. Sie ist Vizepräsidentin der Industriellenvereinigung.

In Österreich gibt es zu wenige Arbeits- und Fachkräfte. Finden Sie noch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im IT-Bereich?

Patricia Neumann: Ja, wir freuen uns, dass unsere ausgeschriebenen Stellen auf hohes Interesse stoßen. Gleichzeitig bilden wir österreichweit aber auch Fachkräfte aus, was uns die Möglichkeit gibt, die Ausbildung an den Bedarf unseres Unternehmens anzupassen. Dennoch suchen wir derzeit rund 200 Experten.

Wie wirkt sich dieser Mangel an IT-Fachkräften auf Österreich aus?

Unternehmen stehen heute unter einem enormen Transformationsdruck und das mehrfach: sie müssen in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheiten bestehen, technologischen Disruptionen einen Schritt voraus sein, sich an Megatrends anpassen und ihren ökologischen Fußabdruck reduzieren. Dafür braucht es nicht nur die richtigen Technologien, sondern auch das notwendige Know-how. Wir suchen daher etwa Cloud Computing Professionals, Software und Hardware Engineers oder aber eCommerce Plattform Manager.

Welche Maßnahmen würden helfen?

Wir arbeiten proaktiv an der Stärkung der Widerstandsfähigkeit unserer Mit-

arbeitenden, aber auch unseres Unternehmens. Sprich wir passen unsere Organisationen laufend den Marktbedürfnissen an und arbeiten daher immer an zukunftsreichen Themen. Wir bilden etwa Führungskräfte aus, die für unsere Kunden die reale und die digitale Welt verbinden und in Ökosystemen zusammenarbeiten.

Für Unternehmen ist die digitale und grüne Doppel-Transformation nicht nur Herausforderung, sondern auch eine Chance. Welche Potenziale sehen Sie in Österreich?

Die Herausforderung liegt sicherlich in der damit verbundenen Komplexität und Kosten. Gleichzeitig sehen wir hier aber ein enormes Potential für den Standort Europa. Wir arbeiten sehr eng mit starken und innovativen Partnern in Ökosystemen zusammen und haben eine Plattform entwickelt, die wir Siemens Xcelerator nennen, mit der wir unsere Kunden schrittweise dabei unterstützen ihre digitale und grüne Transformation umzusetzen. Dieses Angebot richtet sich nicht nur an grosse Industrieunternehmen, sondern auch an KMUs.

In der letzten Zeit ist vielfach von einer laufenden Deindustrialisierung und dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit

von Österreich die Rede. Machen Sie diese Meldungen nicht nachdenklich?

Natürlich. Wir stehen vor entscheidenden Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Die Frage ist ganz einfach: wie schaffen wir es, Industrie in Österreich und der EU zu halten? Nur wenn uns dies gelingt, sprich Forschung und Entwicklung, Produktion und somit Erstanwendung und Arbeitsplätze in Österreich bzw. Europa zu halten, wird es uns auch gelingen, unseren Lebens- und Sozialstandard zu erhalten.

Und was nun?

Wir haben in Österreich eine starke Industrie, teilweise in sehr spezialisierten Nischen, eine sehr gute Forschungslandschaft, ein gut ausgebautes Netzwerk von Universitäten und Fachhochschulen und vieles mehr. Was wir allerdings wieder mehr brauchen, ist der Blick nach vorne und der Wille zur Veränderung. Veränderung heißt aber auch Loslassen. Wir können uns nicht mehr auf den Leistungen der Vergangenheit ausruhen, sondern müssen vieles wieder neu denken.

Was wären hier die ersten Schritte?

Eine positive Einstellung, Konzentration auf die eigenen Stärken und der Wille zu Veränderung.

STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Österreich und Europa müssen wieder verstärkt zum Leistungsprinzip zurückkehren. Der Rest der Welt ist dabei, uns wirtschaftlich abzuhängen, wenn wir uns weiter zurücklehnen. Gerade hier in Österreich zeichnen Debatten um eine Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsleid vielerorts ein Stimmungsbild, das Leistung und Leistungsbereitschaft kritisch betrachtet. Mit einer 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und einem staatlichen Mindestlohn werden wir nicht wettbewerbsfähig bleiben. Wir müssen ein Umfeld schaffen, das Exzellenz, Fleiß, Unternehmertum und Innovation fördert. Die Mitbewerber weltweit schlafen nämlich nicht!“

Heidi Adelwöhrer, Geschäftsführerin Neudoerfler Büromöbel, Präsidentin IV Burgenland

„Die Wettbewerbsfähigkeit Europas und damit die des Industriestandorts Österreich hängt stark von der erfolgreichen Umsetzung der Energiewende ab. Siemens Energy hat als integriertes Energieunternehmen eine Vorreiterrolle – es braucht aber einen Schulterschluss zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Eine ständige Weiterentwicklung unserer Technologien ermöglicht die Integration von grünen Energieprojekten ins europäische Netz. Wir beschäftigen in Österreich über 2.300 MitarbeiterInnen und investieren kontinuierlich in den Ausbau des Standorts. Mit gezielter Innovation und konsequenter Ausbildung von Fachkräften, muss es Europa gelingen, seine eigenständige Energiezukunft und damit die der Industrie abzusichern“



Ales Presern, Geschäftsführer Siemens Energy Austria GmbH



„Gesellschaft und Politik in Europa müssen von Lethargie, Anspruchsdenken und Bürokratie in die Offensive kommen. Letztlich sind Wachstum und globale Konkurrenzfähigkeit Garantien für Wohlstand und westliche Werte. Die Unternehmen dürfen deshalb nicht mit noch mehr ESG-Exzessen oder hoheitlichen Aufgaben wie dem Lieferkettengesetz stranguliert werden. Bedeutung als Industriestandort kann Europa u.a. durch die „Green Economy“ erreichen. Hier gibt es breites Know-how, starke Player und langfristiges Wachstumspotenzial. Dieses können wir aber nur entfalten, wenn die Wettbewerbsfähigkeit durch einen neuen „grünen Industrie-Deal“ gestärkt und von einem Wachstumsplan flankiert wird. Erfolgskritisch ist, dass anstelle von Ankündigungen und Symptombekämpfung ein echter Richtungswechsel erfolgt.“

Martin Hagleitner, CEO der Austria Email AG und Groupe Atlantic Konzerngeschäftsführer für die DACH-Region sowie ausgewählte CEE-Märkte

„Österreich ist stark von Europa und der Weltwirtschaft und damit von einer erfolgreichen Exporttätigkeit abhängig. Zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes ist es daher unbedingt erforderlich, dass wir uns auf die Stärkung von Ressourcen, wie Innovationskraft, Investitionen in Zukunftstechnologien, bestens ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und wettbewerbsfähige Herstellung unserer Produkte fokussieren. Dringend reduziert gehören daher nationale und europäische Gesetze und Richtlinien, die hohe Aufwände für Berichtspflichten und regulatorischen Vorschriften nach sich ziehen, einen hohen Kostenaufwand verursachen und negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und den Wirtschaftsstandort haben.“



Marianne Kusejko, Geschäftsführerin SIGMATEK GmbH



TWIN TRANSITION: MILLIARDEN FÜR DIE GRÜNE UND DIGITALE REVOLUTION GESUCHT

Um das Wertschöpfungspotential des Green Deal und der Digitalisierung Europas zu erschließen, bedarf es Billionen-Investitionen. Die Europäische Investitionsbank spielt eine zentrale Rolle bei der Finanzierung, doch das allein reicht nicht. Europas Risikoaversion und eine schwache Kapitalmarktkultur bremsen die notwendige Kapitalbeschaffung. Es bedarf gezielter politischer Maßnahmen, um private Investoren stärker in nachhaltige und digitale Projekte einzubinden.

Ein Schlüsselpunkt für den formellen Start der Twin Transition war die Veröffentlichung des „Strategic Foresight Report 2020“. Dieser Bericht legte die Grundlage für die strategische Ausrichtung der EU in den kommenden Jahrzehnten. Heute versteht man unter der Twin Transition die gleichzeitige und ineinandergreifende Umsetzung der grünen und digitalen Transformation in Europa. Thomas Östros, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank (EIB): „Wenn wir nachhaltiges Wachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit fördern und uns auf künftige Herausforderungen vorbereiten wollen, brauchen wir Investitionen.“ Die Twin Transition ist ein komplexes Vorhaben, das mit erheblichen Kosten verbunden ist – gleichzeitig steckt darin ein enormes Wertschöpfungspotential in Europas Positionierung als Green Innovation Leader. Eine zentrale Frage ist: Wie kann Europa dieses wichtige Zukunftsinvestment finanzieren?

Es geht um Milliarden

Nach Berechnungen der Europäischen Kommission werden allein für die grüne Transformation bis 2030 rund 1,8 Billionen Euro benötigt, um die Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen. Diese Summe deckt Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz, nachhaltige Mobilität und den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft ab. Hinzu kommen Investitionen in die digitale Transition, die mit weiteren 550 Milliarden Euro beziffert werden. Diese Gelder sind notwendig, um die digitale Infrastruktur zu modernisieren, Breitbandnetze auszubauen, Künstliche Intelligenz (KI) zu fördern und die digitalen Kompetenzen der Bevölkerung zu stärken. Östros: „Die Investitions-offensive des europäischen Green Deals hat das Ziel, bis 2030 eine Billion Euro an nachhaltigen Investitionen zu mobilisieren. Ein Viertel des EU-Haushalts soll für klimabezogene Initiativen bereitgestellt werden. Der Plan nutzt die InvestEU-Garantie, um private Mittel anzuziehen, und umfasst den Just-Transition-Mechanismus zur Unterstützung von Regionen, die am stärksten von der grünen Transformation betroffen sind.“

Saubere Technologien, stabiles Wachstum

Die Europäische Investitionsbank-Gruppe (EIB-Gruppe) spielt eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung von Projekten, die die politischen Ziele der EU unterstützen, darunter ausgewogenes Wachstum, die Reduzierung regionaler Ungleichheiten und ein gerechter Übergang zur Klimaneutralität. Sie vergibt Darlehen und Finanzierungen an öffentliche und private Projekte und arbeitet zur Verstärkung ihrer Wirkung eng mit anderen Finanzinstituten zusammen. Östros betont: „Im Jahr 2023 haben wir insgesamt 88 Milliarden Euro an neuen Finanzierungen unterzeichnet, davon 1,3 Milliarden Euro in Österreich.“ Seit über 50 Jahren fördert die Gruppe in Österreich vor allem kleine und mittlere Unternehmen sowie Projekte in den Bereichen Verkehr, Energie und zunehmend auch

EIB-Vizepräsident Thomas Östros



„
Ein Viertel des EU-Haushalts soll bis 2030 für klimabezogene Initiativen bereitgestellt werden.

bezahlbaren Wohnraum. Nun steht die Twin Transition in den nächsten Jahren ganz oben auf der Agenda der EIB-Gruppe. Östros: „Alle europäischen Volkswirtschaften sollten bestrebt sein, sich möglichst gut gegen die Folgen des Klimawandels und Wirtschaftskrisen zu wappnen. Für Österreich, das sich bisher stark auf Tourismus und Landwirtschaft stützt, ist das besonders wichtig. Saubere Technologien und digitale Dienstleistungen können dabei helfen, die Abhängigkeit von traditionellen Wirtschaftszweigen zu verringern und ein stabileres Wachstum erzeugen.“

EIB treibt Energiewende voran

Die EIB unterstützt seit langem erneuerbare Energien, Themen aus dem Bereich Energieeffizienz und Innovationen. Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine 2022 startete die EU das Programm REPowerEU, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffimporten zu reduzieren und die Energiewende zu beschleunigen. Östros: „Wir unterstützen diesen Plan, indem wir das Finanzierungsvolumen der Gruppe für saubere Energien auf ein beispielloses Niveau angehoben haben. Bis 2027 wollen wir zusätzlich 45 Milliarden Euro für Energieprojekte bereitstellen, die im Einklang mit REPowerEU stehen.“ In Österreich finanzierte die EIB zuletzt mehrere Windkraft- und Wasserkraftprojekte, darunter den Windpark Engelhartstetten in Niederösterreich sowie laufende Projekte in Spannberg und im Burgenland. Darüber hinaus unterstützt die Bank Energieeffizienzmaßnahmen in Gebäuden, Industrie und Verkehr. Östros: „2023 haben wir beispielsweise je ein Darlehen an die Erste Bank (75 Millionen Euro) und an die Hypo NOE (135 Millionen Euro) vergeben, um bezahlbares Wohnen zu fördern.“ Weitere Mittel flossen in den Kauf moderner Züge in Ostösterreich sowie in Straßenbahnen und E-Busse für Graz. Zudem finanziert die EIB Forschung und neue Technologien wie intelligente Stromnetze und Batteriespeicher, die den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft beschleunigen sollen.

Risikoaversion

Doch die Mittel der Europäischen Union reichen für die Finanzierung der Twin Transition nicht aus. Monika Rosen, Börsenexpertin und Vizepräsidentin der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft, betont: „Die erforderlichen Summen sind enorm und können nicht allein von der öffentlichen Hand gestemmt werden. Private Investoren müssen eingebunden werden, doch dies scheitert oft an den hohen Risiken, die solche Projekte mit sich bringen. Gleichzeitig bleiben die Renditen oft hinter den Erwartungen zurück.“ Besonders im Bereich der Digitalisierung hat Europa Schwierigkeiten, mit den USA mitzuhalten. Rosen: „Europas geringe Anzahl an Startups ist ein wesentlicher Grund, warum die Produktivität hinter der der USA zurückbleibt. Unser Output liegt etwa 30 Prozent unter dem Niveau, das erreicht worden wäre, hätte



Bis 2027 will die Europäische Investitionsbank zusätzlich 45 Milliarden Euro für Energieprojekte bereitstellen.

die Produktivität seit 2000 im gleichen Tempo wie in den USA zugenommen.“ Daher müssen innovative Unternehmen und Startups gefördert werden, um zu verhindern, dass intellektuelles Kapital ins Ausland abwandert. Ein entscheidender Faktor dabei ist der Kapitalmarkt. „Viele erfolgreiche europäische Unternehmen suchen den Weg in die USA, weil sie dort bessere Finanzierungsbedingungen vorfinden“, so Rosen weiter. In Europa erfolgt etwa 70 Prozent der Unternehmensfinanzierung über Banken, während nur 30 Prozent über den Kapitalmarkt abgewickelt werden. In den USA ist dieses Verhältnis genau umgekehrt. Rosen: „Das Ziel in Europa muss sein, den Anteil des Kapitalmarktes an der Unternehmensfinanzierung auf 50 Prozent zu steigern.“ Das wird schwierig, da Anleger in Europa sehr risikoavers sind und der Kapitalmarkt, insbesondere in Österreich, ein schlechtes Ansehen genießt. Diese Risikoaversion wird zum Mühlstein um den Hals unserer Konkurrenzfähigkeit, warnt bereits der ehemalige italienische Premierminister Enrico Letta, der im April 2024 den Bericht über die Zukunft des gemeinsamen Marktes veröffentlicht hat.

ESG-Fonds: Rekordzahlen, aber viel Luft nach oben

Investoren suchen zunehmend nach Möglichkeiten, nicht nur finanziellen Gewinn, sondern auch gesellschaftliche und ökologische Wirkung zu erzielen. Nachhaltige Finanzprodukte wie ESG-Fonds (Environmental, Social, Governance) rücken daher stärker in den Fokus. Doch es gibt noch Raum für Wachstum: „Der Anteil der ESG-Fonds am weltweiten Fondsvolumen hat 2023 zwar mit 7,9 Prozent einen Rekord erreicht“, so Monika Rosen, „doch absolut gesehen bleibt noch viel Potenzial.“ Problematisch bleibt das Greenwashing: Viele Produkte halten nicht, was sie versprechen, oft fehlt es an Transparenz und Anlegern an Wissen. Für die erfolgreiche Finanzierung der Twin

Transition müssen Finanzdienstleister verstärkt in Aufklärung und Wissenstransfer investieren, um fundierte Entscheidungen zu ermöglichen.

Kapitalmarkt als Turbo

Eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung der Twin Transition wird also auch der Kapitalmarkt spielen. Christoph Boschan, CEO der Wiener Börse, betont: „Der Kapitalmarkt ist für eine erfolgreiche Transition unverzichtbar. Für die digitale und grüne Transformation sind in Europa Investitionen von hunderten Milliarden Euro notwendig – jährlich. Das braucht das Kapital privater Investorinnen und Investoren.“ Um diese Investitionen zu fördern, hat die Wiener Börse das Vienna ESG Segment ins Leben gerufen, das mittlerweile mehr als 100 nachhaltige Anleihen mit einem Volumen von über 27 Milliarden Euro umfasst. Die Nachfrage gerade in diesem Segment ist groß. Boschan: „Das ist nicht zuletzt an der positiven Entwicklung des Vienna ESG Segments ablesbar. Ich erwarte hier auch in Zukunft weiteres Wachstum, denn Emittenten benötigen für die notwendigen Investitionen viel Kapital. Auf der anderen Seite sind die Anleger zunehmend daran interessiert, dass ihr investiertes Geld nicht nur langfristige Renditen bringt, sondern auch für Lösungen der wachsenden globalen Herausforderungen verwendet wird.“ Trotz dieser Fortschritte zeigt sich jedoch, dass heimische Unternehmen oft noch zögerlich sind, den Kapitalmarkt zur Refinanzierung zu nutzen. 2023 gab es lediglich zwei Listings im „prime market“ und eines im „direct market plus“. „Das ist für einen Markt unserer Größe durchaus im Rahmen“, so Boschan. Dennoch unterstreicht er, dass

DER LETTA-REPORT

Die EU-Kommission erteilte im Herbst 2023 den Auftrag zur Erstellung eines umfangreichen Berichts über die Zukunft des Binnenmarkts an Enrico Letta. Letta, ehemaliger Ministerpräsident Italiens, erstellte den Bericht in seiner Funktion als Präsident des Jacques Delors Instituts in Paris und präsentierte ihn im April 2024. Auf 146 Seiten analysiert der Bericht, dass Europa im globalen Wettbewerb wirtschaftlich an Gewicht verliert und sich auf die Werte besinnen muss, die es wirtschaftlich stark gemacht haben: Freihandel und Offenheit gegenüber internationalen Partnern. Im Inneren müsse die EU den Binnenmarkt um die drei wesentlichen Bereiche Finanz, Telekommunikation und Energie ausweiten um stärker nach Außen auftreten zu können.

Österreich über ein kreditzentriertes Finanzierungssystem und eine wenig ausgeprägte Kapitalmarktkultur verfügt. Um den Kapitalmarkt attraktiver zu gestalten, sind laut Boschan politische Maßnahmen notwendig. „Es braucht – und das ist ein europaweites Thema – mehr Kapital am Markt, sprich größere Liquiditätspools. Zum Beispiel sollten Pensionskassen verstärkt in börsennotierte Unternehmen investieren. Auch eine Abkehr von der steuerlichen Sanktionierung von privater Vorsorge durch die KEST würde helfen.“ ■



Die Europäische Investitionsbank hat ihren Sitz in Luxemburg.



DIE EU IM GLOBALEN WETTBEWERB

Johannes Hahn und Magnus Brunner – der scheidende und der kommende EU-Kommissar Österreichs im Interview zur Wirtschaftspolitik der Europäischen Union. Wie kann es gelingen, Europas Wirtschaft zu stärken und die Chancen der digitalen und grünen Transformation zu nutzen? Was hat Europa bisher richtig gemacht und wo gibt es akuten Handlungsbedarf?

Die Europäische Union gerät am Parkett der Weltwirtschaft ins Hintertreffen. 2023 ist das Bruttoinlandsprodukt der EU nur um 0,5 Prozent gewachsen, während die US-Wirtschaft um 3,1 Prozent angezogen hat und jene Chinas um 5,2 Prozent. Zu bürokratisch und zu teuer, lautet der Befund von Ökonomen und Wirtschaftsvertretern. Ein Problem, das die EU-Kommission ebenfalls erkannt hat. Vor etwa einem Jahr hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen daher zwei Berichte in Auftrag gegeben, die nun die Basis für einen neuen „Clean Industrial Deal“ sowie Stärkung und Ausbau des europäischen Binnenmarkts bilden sollen. Autoren waren mit Enrico Letta und Mario Draghi zwei ehemalige italienische Premierminister. Draghi, der den Report zur Wettbewerbsfähigkeit vorgelegt hat, gilt zudem als damaliger Chef der Europäischen Zentralbank als „Bewältiger“ der Finanzkrise. Wie geht die EU-Kommission mit den aktuellen Herausforderungen um? Das Magazin iv-position hat dazu mit Johannes Hahn und Magnus Brunner den scheidenden und den kommenden EU-Kommissar Österreichs zum Interview gebeten.

Interview

„Umdenken bei Kapitalmarkt und Risikobereitschaft gefragt“

Johannes Hahn ist seit 1. Dezember 2019 EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung in der Kommission von der Leyen I und spricht zum Ende seiner Funktionsperiode über europäische Wirtschaftspolitik und die größten Herausforderungen seiner Amtszeit.

Exportstarke Länder wie Österreich und Deutschland haben deutlich an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Wurde in Brüssel in den vergangenen Jahren auf die Industrie vergessen?

Johannes Hahn: Die europäische Industrie ist viel zu prominent, als dass man sie in Brüssel oder sonst wo vergessen könnte. Und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit wird zweifelsfrei eines der großen Themen für das Mandat der kommenden Europäischen Kommission sein. Um das wirtschaftliche Potential Europas zu

entfesseln, ist es unumgänglich, die Integration des Binnenmarkts voranzutreiben und die Kapitalmarktunion zu vervollständigen. Ein starker, gut funktionierender Binnenmarkt ist Grundlage dafür, dass Europa im globalen Wettbewerb standhält.

Umdenken ist gefragt, was unsere Einstellung zu Kapitalmarkt und Risikobereitschaft anlangt - und auch im Umgang mit Regulierung. Hier müssen wir Europäer uns selbst an der Nase nehmen: wir neigen dazu, bei

jedem Missstand eine regulative Lösung zu fordern. Die daraus resultierende, teils überbordende Bürokratie bremst wiederum europäische Unternehmen im internationalen Vergleich.

Gleichzeitig darf man, was die aktuelle Situation in Deutschland und Österreich betrifft, nicht vergessen, dass gerade diese beiden Länder stark von vermeintlich billiger russischer Energie abhängig waren und die erhöhten Energiekosten natürlich für die Industrie enorme Mehrkosten verursacht haben.

Wie kann aus dem Green Deal ein Rahmen werden, in dem Unternehmen die Chancen der grünen Transformation besser nutzen können?

Der Green Deal muss in meinem Verständnis als ein wesentlicher Bestandteil unserer Industriepolitik gelebt werden. Wir haben in den letzten Jahren auf europäischer Ebene mit dem Green Deal und der digitalen Agenda wichtige Weichen gestellt, um in zukunftsfähige Technologien zu investieren, die das Potential haben, uns weltweit zum Innovations-Spitzenreiter zu machen. Ich glaube, dass dies bereits in breitem Maße geschieht.



Drei Amtszeiten lang diente Johannes Hahn als EU-Kommissar.

Denken Sie nur an die Technologien zur Erzeugung erneuerbarer Energien oder Maßnahmen zur Steigerung der Energie-Effizienz von Gebäuden. Verstärkten Handlungsbedarf sehe ich insbesondere noch in der Dauer von Genehmigungsverfahren.

Wachstum findet derzeit woanders statt. Mit Handelsabkommen könnte Europa davon stärker profitieren und auch den Zugang zu wichtigen Rohstoffen auf breitere Beine stellen. Warum sind solche Abkommen in Europa so unpopulär?

Die EU mit ihren 27 Mitgliedsländern zählt dank des gemeinsamen Binnenmarktes neben USMCA (USA, Mexiko und Kanada) und ASEAN zu den drei größten Handelsblöcken der Welt. Wir haben mit 74 Ländern weltweit Freihandelsabkommen abgeschlossen, die über 44 Prozent unseres Außenhandels abdecken. Die EU ist der Handelspartner Nummer eins für 54 Länder weltweit, die zusammen 48 Prozent des weltweiten BIP ausmachen.

Ich glaube daher nicht, dass der Handel in der EU negativ gesehen wird, im Gegenteil, er ist eine unserer Stärken, die unsere geopolitische Rolle prägt. Richtig ist, dass es in manchen Ländern, und leider gehört Österreich dazu, Skepsis gegenüber Handelsabkommen wie Mercosur herrscht.

Dabei sollte genau das Gegenteil der Fall sein: Denn die EU steht für einen auf Regeln basierenden offenen Weltmarkt, der faire Bedingungen für alle Handelspartner garantiert und ökologische Standards voraussetzt. Nicht zuletzt erlaubt uns die aktive Handelstätigkeit unsere Werte und Qualitätsstandards zu schützen bzw. sie auch in andere Länder zu exportieren.

Es liegt an uns Europäern, unsere Wirtschaftsleistung und somit Verhandlungskraft zu nutzen, um diese Prinzipien in Handelsabkommen zu gießen. Relativ an der globalen Gesamtwirtschaft wird unser Gewicht künftig eher ab- als zunehmen. Dass



Johannes Hahn als Speaker am Salzburg Summit der Industriellenvereinigung – 2023 übernahm er sogar die Schirmherrschaft der Veranstaltung.

jede Verhandlung auch Kompromisse bedarf, steht außer Frage. Ich denke nicht, dass die Welt eine bessere wäre, wenn wir breite Teile dem Einflussbereich Chinas überlassen.

Was hat die letzte EU-Kommission gut gemacht? Was war für Sie persönlich die größte Herausforderung?

Ich möchte vor allem drei Leistungen der gegenwärtigen Kommission hervorheben: Erstens, dass es uns gelungen ist, die Auswirkungen der Pandemie als vereintes Europa zu meistern. Einerseits, indem in Rekordzeit Impfstoffe für Europa und die Welt zu entwickelt wurden, Produktionskapazitäten geschaffen und durch eine gemeinsame Beschaffungs- und Verteilungsstrategie solidarisch gelebt wurden. Andererseits haben wir innerhalb von kürzester Zeit mit NextGenerationEU ein nie dagewesenes Europäisches Konjunkturpaket geschnürt, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie ebenso gemeinschaftlich zu stemmen. Dafür

haben wir die Prinzipien der Finanzierung der Europäischen Union revolutioniert - und fast schon nebenbei ein erfolgreiches EU-Anleihenprogramm mit beträchtlichen Dimensionen auf die Füße gestellt. Damit stärken wir die Rolle des Euro am internationalen Anlagemarkt.

Als zweite Herausforderung, die ich und mein Team ebenfalls in meinem Verantwortungsbereich gut bewältigt haben, war die Sicherstellung der Business-Kontinuität während der Pandemie durch rasche Einführung neuer Arbeitsweisen. Diese „Notfalls“-Maßnahmen haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die EU-Kommission heute ein offenerer, zeitgemäßer und attraktiver Arbeitgeber ist.

Drittens, dass wir uns als ernstzunehmender geopolitischer Akteur positioniert haben, insbesondere durch unser entschiedenes Handeln angesichts des brutalen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine.

Interview

„Schaffung einer Kapitalmarktunion wird entscheidend sein“

Finanzminister Magnus Brunner wurde von Österreich als nächster EU-Kommissar nominiert. Im Interview spricht er über seine Erwartungen zu Wettbewerbsfähigkeit und Green Deal sowie die Stärken der Europäischen Union.

Ursula von der Leyen hat das Thema Wettbewerbsfähigkeit auf ihrer Agenda weit nach oben gerückt. Was erwarten Sie von der nächsten EU-Kommission?

Magnus Brunner: Die letzten Jahre haben uns vor Augen geführt, wie verwundbar selbst starke Volkswirtschaften in Krisenzeiten sein können. Und sie haben nochmal deutlich gemacht, wie wichtig eine widerstandsfähige und wettbewerbsfähige Wirtschaft für den Erhalt unseres Wohlstands ist. Deshalb muss die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit im Mittelpunkt der Anstrengungen der neuen Kommission stehen. Wir müssen mit vereinten Kräften daran arbeiten, die Wettbewerbsfähigkeit Europas auszubauen, um im internationalen Standortwettbewerb nicht den Anschluss gegenüber anderen Regionen der Welt zu verlieren. Denn wir dürfen nicht vergessen: Unsere Konkurrenz sitzt nicht in Baden-Württemberg, Thurgau oder Vaduz, sondern in den USA, China oder Indien.



Magnus Brunner ist seit Dezember 2021 Finanzminister in Österreich. Davor war der gebürtige Vorarlberger Staatssekretär im Klimaministerium.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer effizienteren und leistungsfähigeren Wirtschaft ist der Abbau bürokratischer Hürden. Sie stellen nach wie vor eine sehr große Belastung für unsere Unternehmen dar und genau deshalb müssen wir uns auch auf EU-Ebene verstärkt dafür einsetzen, Bürokratie abzubauen und nicht neue zu schaffen. Außerdem – und hier stimme ich Mario Draghi in seinem Bericht vollkommen zu – müssen wir die Innovationskraft des Standorts Europa stärken, um im globalen Wettbewerb um die besten Ideen und die klügsten Köpfe nicht abgehängt zu werden. Das wird auch bei der grünen Transformation unserer Wirtschaft eine ganz entscheidende Rolle spielen.

Denn diese Transformation kann uns nur gelingen, wenn wir neue Ideen fördern, technologieoffen bleiben und die Innovationskraft, die wir in Europa haben, auch in Europa halten und nutzen können. Daneben wird es von entscheidender Bedeutung sein, nach Jahren der Krisen wieder zu einer

nachhaltigen Budgetpolitik zurückzu-kehren. Denn eines ist klar: Der budgetäre Ausnahmezustand der letzten Jahre darf nicht zum budgetpolitischen Normalzustand werden.

Jetzt gilt es, die nationalen Budgets zu sanieren und wieder zu mehr fiskalischer Disziplin zurückzukehren – das bedeutet auch, dass wir verstärkt Prioritäten setzen und das Anspruchsdenken zurückfahren müssen. Die Zeiten des Vollkasko-Staats sind vorbei.

Nur, wenn wir unsere Haushalte sanieren, werden wir auch die finanziellen Mittel haben, um in Zukunftsbereiche zu investieren und uns finanzielle Polster für künftige Krisen zu schaffen.

Ein wichtiges Thema sind auch die Stärkung des Binnenmarkts und eine Kapitalmarktunion. Welche Schritte halten Sie angesichts zahlreicher nationaler Interessen in diesem Bereich für realistisch?

Die Stärkung unserer Kapitalmärkte und die Schaffung einer Kapitalmarktunion wird entscheidend sein, um den Wohlstand in der EU auch in Zukunft erhalten zu können. Das spielt beispielsweise auch bei der Finanzierung der grünen Transformation unserer Wirtschaft eine ganz entscheidende Rolle, denn dafür werden wir ganz immense finanzielle Mittel brauchen – einerseits von staatlicher Seite, aber andererseits auch von privaten Investoren. Eine Stärkung unserer Finanzplätze würde hier die entscheidenden Weichen stellen und die notwendigen Mittel freisetzen.

Außerdem müssen wir dafür sorgen, unser europäisches Kapital auch in Europa zu halten. Der Bericht von Enrico Letta zum europäischen Binnenmarkt zeigt, dass jährlich rund 300 Milliarden Euro aus Europa abfließen – und zwar meist in den US-amerikanischen Kapitalmarkt. Das bedeutet, dass die Ersparnisse der Europäerinnen und Europäer letztlich Innovationen und Jobs im Ausland fördern. Das kann nicht das Ziel sein. Unser Kapital muss auch unserem Standort zu Gute

kommen. Eine starke Kapitalmarktunion ist der Schlüssel, um genau das zu erreichen.

Wie soll es mit dem Green Deal weitergehen?

Zur Erreichung unserer sehr ambitionierten Klimaziele werden wir sehr viel Geld investieren müssen. Dabei ist klar: Klima-, Finanz- und Standortpolitik dürfen einander nicht ausschließen, sondern müssen Hand in Hand gehen. Denn Klimaschutz auf Kosten unseres Staatshaushalts oder des Wirtschafts- und Beschäftigungsstandortes zu machen, wäre der völlig falsche Weg – wir brauchen eine gesunde Umwelt, eine florierende Wirtschaft und nachhaltige Budgets.

Ein zentrales Instrument dabei ist die Methode des Green Budgetings, wo Österreich nicht nur in Europa, sondern weltweit zu den Vorreitern zählt. Dabei werden alle Finanzströme im öffentlichen Bereich analysiert und auf ihre Wechselwirkung mit klimapolitischen Maßnahmen und den Pariser Klimazielen überprüft. Die Daten, die durch diese Analysen ermittelt werden, können dann eingesetzt werden, um sich anzusehen, wie eine klimarelevante Maßnahme wirkt, aber auch dafür, neue kosteneffiziente Klimaschutzmaßnahmen zu entwickeln oder um klimaschädliche Finanzströme zu identifizieren. Das soll uns dabei helfen, den kosteneffizientesten Weg zur Dekarbonisierung zu finden.

Für Österreich zeigt unsere im Juni verabschiedete Carbon Management Strategie, wie wir bestehende regulatorische Barrieren abbauen und die richtigen Rahmenbedingungen für zukunftsweisende Technologien schaffen können. Denn nur mit einem investitionsfreundlichen Regelwerk können wir die notwendigen Mittel mobilisieren, um eine nachhaltige Transformation sicherzustellen. Dabei spielt auch die Speicherung und Nutzung von CO₂ eine wichtige Rolle – also CCU (carbon capture and utilization, Anm.) und CCS (carbon capture and storage, Anm.). Beide Technologien

werden laut dem Weltklimarat eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Klimawandel spielen. Hier gilt es, die richtigen rechtlichen Rahmenbedingungen in Österreich zu schaffen, um diese Zukunftstechnologien nutzbar zu machen.

Die Europäische Union wird im Spiel der Weltmächte oft als langsam und schwerfällig wahrgenommen. Worin sehen Sie die großen Stärken der EU?

In einer Welt, die immer komplexer und globalisierter wird, bietet die EU einen einzigartigen Rahmen für die Zusammenarbeit von 27 souveränen Staaten. Diese enge Zusammenarbeit ermöglicht es uns, große Herausforderungen gemeinsam anzugehen – sei es im Bereich des Klimaschutzes, der Digitalisierung oder bei globalen Krisen wie der Corona-Pandemie. Ein besonderer Vorteil der EU ist ihre wirtschaftliche Macht. Mit einem Binnenmarkt von rund 450 Millionen Menschen ist sie eine der größten Wirtschaftsmächte weltweit. Diese wirtschaftliche Stärke gibt uns das Gewicht, auf globaler Ebene mit den USA oder China auf Augenhöhe zu agieren. Aber nicht nur das: Die EU setzt durch hohe Standards in Bereichen wie Datenschutz, Arbeitsrecht und Umweltpolitik weltweit Maßstäbe. Gerade aus österreichischer Sicht profitieren wir enorm von der EU – als exportorientiertes Land ist der freie Zugang zum Binnenmarkt von unschätzbarem Wert. Auch die gemeinsame Währung, der Euro, hat sich als stabilisierender Faktor in Krisenzeiten erwiesen.

Natürlich gibt es Bereiche, in denen wir schneller und effizienter werden müssen. Aber die EU zeigt auch, dass sie in der Lage ist, sich zu reformieren und auf neue Herausforderungen flexibel zu reagieren. Gerade die Krisen der letzten Jahre haben gezeigt, wie stark und widerstandsfähig diese Gemeinschaft ist. Die Fähigkeit, langfristige Lösungen im Dialog zu entwickeln, ist mit Sicherheit eine der größten Stärken der Europäischen Union.

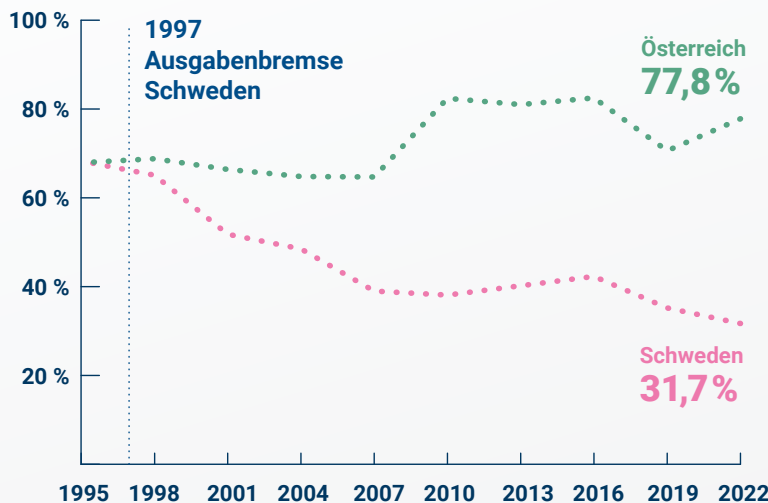
WIE HAT SCHWEDEN GESPART?

Staatseinnahmen und -ausgaben im Vergleich mit z. B. Schweden

Abgabenlast auf Arbeit (2023)



Staatschulden in Prozent



Mitte der 90er-Jahre stand Schweden vor der größten Depression seit den 1930ern. Ausufernde Staatsfinanzen, hohe Inflation und eine zweistellige Arbeitslosenrate stürzten das Land in eine tiefe Krise. 1994 erreichte die Schuldenquote den damaligen Rekordwert von 68 Prozent des BIP. Um die Staatsfinanzen zu sanieren, beschloss die neue sozialdemokratische Regierung ein umfassendes Sparprogramm. Arbeitslosengeld, Kranken- und Kindergeld, Familien- und Wohnzulagen wurden gekürzt. Das Pensionssystem wurde in einem größeren Reformprozess aller Parteien und der Gewerkschaft bis 1998 auf völlig neue Beine gestellt.

Das Herzstück der Sanierung bildete die 1997 beschlossene Ausgabenbremse. Regierungen sind durch diese an eine Ausgabenobergrenze im Budget gebunden, die auf drei Jahre im Voraus festgelegt wird. Mehrausgaben müssen innerhalb derselben Teilbudgets eingespart werden. Zusätzlich wurde ein Überschussziel in Prozent des BIP fixiert, welches über einen Konjunkturzyklus zu erreichen ist. Waren Österreich und Schweden im Jahr 1997 noch in etwa gleich hoch verschuldet, sank die Schuldenquote Schwedens in den Folgejahren beständig und war 2022 mit 31,7 Prozent des BIP nur mehr halb so hoch wie jene Österreichs (77,8 Prozent). Gleichzeitig sank die Abgabenquote deutlich. Im Jahr 2023 betrug die schwedische Steuer- und Abgabenlast auf Arbeit 42,1 Prozent (Österreich: 47,2 Prozent).

STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Der Wirtschaftsstandort Österreich hat ein Preis-Leistungs-Problem. Die unverantwortlich hohen Kollektivvertragsabschlüsse der vergangenen Jahre belasten unsere Unternehmen enorm. Nicht nur global, sondern auch im Vergleich mit anderen europäischen Ländern verlieren wir an Wettbewerbsfähigkeit, denn mit Ausnahme Belgiens gab es nirgends derartige Inflationsabgeltungen. Für ein so exportabhängiges Land wie Österreich ist das fatal, es gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand. Der Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit muss in Kollektivvertragsverhandlungen viel stärker berücksichtigt werden. Zudem braucht Österreich – genauso wie die EU – ein Ende der Regulierungsflut, die die Unternehmen enorm belastet und hohe Kosten verursacht.“

F. Peter Mitterbauer, Vorstandsvorsitzender der Miba AG und IV-Vizepräsident

„Lorbeeren neu verdienen: Österreich steht für höchste Lebensqualität und unsere Industrie hat einen großen Anteil daran. Fakt ist aber, dass unser Standort seit Jahren an Wettbewerbsfähigkeit verliert und immer mehr Ressourcen in Dinge fließen, die Innovation bremsen und Produktion erschweren. Deshalb brauchen wir wieder den Mut und die Tatkraft, die uns immer ausgezeichnet haben. Den Mut, mehr zu wagen als andere, mehr zu tun als bisher und vor allem den Mut, Visionen umzusetzen, auch wenn sie schwierig zu realisieren sind. Dazu gehört der Bau moderner Infrastruktur sowie Verwaltungs-, Bildungs- und Pensionsreformen. Auch müssen wir den Standort für Fachkräfte wieder attraktiver machen. Und vor allem brauchen wir eine umfassende Entbürokratisierung.“

Elmar Hartmann, CEO von Gantner Electronic GmbH und Präsident IV Vorarlberg



„Unsere Wettbewerbsfähigkeit ist seit Jahren massiv unter Druck. Die hausgemachte, im Vergleich zum restlichen Europa viel zu hohe Inflation und die darauffolgenden extrem hohen Lohnabschlüsse haben die Situation in den vergangenen Jahren dramatisch verschärft. Inzwischen sehen wir die Folgen auch am Arbeitsmarkt: Im September betrug der Anstieg bei der Arbeitslosigkeit in der Industrie über 16 Prozent! Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir uns in einer schweren Industrierezession befinden. Egal wer die nächste Bundesregierung bildet, an einem fundamentalen standortpolitischen Turnaround führt kein Weg vorbei. Die traurige Alternative wäre ein breiter Wohlstandsverlust.“

Christian Pochtler, Geschäftsführender Alleingesellschafter Pochtler Industrie-holding GmbH / iSi Group und Präsident IV Wien

„Um die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Europas wieder zu stärken, muss die Politik unverzüglich handeln und die immer wieder von der Wirtschaft vorgeschlagenen Reformen endlich umsetzen. Dazu gehören neben der Gewährleistung von Sicherheit als zentraler Schlüsselfaktor für Mensch und Wirtschaftsstandort, der Abbau überbordender Bürokratie sowie die Abkehr von einem immer stärker ausgeprägten Anspruchsdenken. Wir müssen wieder zu einer Gesellschaft werden, in der individuelle Leistung vom Staat honoriert und die hohe Bedeutung von Unternehmertum mit ihrer Risikobereitschaft ins Bewusstsein der Menschen gerückt wird. Nur in einem Land, in dem die Bevölkerung ein hohes Maß an Eigenverantwortung zeigt, kann die Wirtschaft für Wohlstand sorgen und damit zu sozialer Sicherheit beitragen.“

Christoph Swarovski, Vorstandsvorsitzender Tyrol Equity





INNOVATION BRAUCHT EINEN RAHMEN

Pharmaindustrie. Unternehmen aus den USA und China drängen mit ihren Produkten in den Markt. Innovationen und Forschung können den Pharma-standort sichern – wenn die Rahmenbedingungen passen.

Österreich ist ein attraktiver Standort für die Pharmaindustrie. Doch die Branche gerät zunehmend unter Druck. Es besteht die Gefahr, im globalen Wettbewerb abgehängt zu werden. Es braucht dringend Maßnahmen, damit europäische Pharmaunternehmen ihre Position für die Zukunft sichern können, denn China ist auf der Überholspur und die USA verteidigten ihre Führungsposition.

Europa wird als Standort für immer mehr Industrien unattraktiver. Unternehmen verlagern Teile ihrer Produktion in Länder, in denen kostengünstiger und mit weniger Regularien produziert werden kann. Sind diese Tendenzen in der Pharmaindustrie auch bereits spürbar? „Wir sehen dieses Thema der Abwanderung durchaus kritisch. Die europäische pharmazeutische Industrie ist eine relevante Industrie“, sagt Alexander Herzog, Generalsekretär der Pharmig, dem Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs mit rund 120 Mitgliedsunternehmen. Der globale Wettbewerb verschärft sich, mit verstärkten Investitionen in das Gesundheitswesen muss Europa dringend zu den Vereinigten Staaten und China aufschließen, wenn es seine Position als Spitzenreiter bei Innovationen zurückgewinnen, und damit die Pharmaindustrie langfristig halten will. Die gegenwärtige Situation analysiert Alexander Herzog aber wie folgt: „Europa diskutiert, Amerika probiert und China praktiziert. Während die USA und China

ständig voranschreiten, verliert Europa an Terrain und tritt auf der Stelle.“ Damit ist man auch schon beim Kern des Problems angelangt.

Schlüsselindustrie

Europa kann es sich nicht leisten, diese hochinnovative Schlüsselindustrie zu verlieren. Nicht zuletzt der Ausbruch der Corona-Pandemie machte deutlich, wie wichtig die Pharmaindustrie für Europa ist, und dass Europa wirksame Forschungs- und Innovationsprogramme braucht.

Die europäische pharmazeutische Industrie trägt mit über 200 Milliarden Euro zur Bruttowertschöpfung (BWS) bei und sichert 2,5 Millionen Arbeitsplätze. Sie investiert jährlich 43 Milliarden Euro in europäische Forschung und Entwicklung (F&E) und liefert mit 135 Milliarden Euro die stärkste Handelsbilanz aller Industriesektoren der Europäischen Union. „Dieses Potenzial sollte zumindest erhalten bleiben. Aber die Tendenz scheint eine andere zu sein, denn die derzeitige Überarbeitung der Arzneimittelgesetzgebung sieht noch strengere Regulierungen vor, mehr Bürokratie und gleichzeitig eine Aufweichung des Schutzes des geistigen Eigentums“, so Pavol Dobrocky, Geschäftsführer von Boehringer Ingelheim. Denn wer forscht, möchte seine Erfindungen zumindest eine gewisse Zeit lang vor Nachahmung schützen. Fällt dieser Antrieb weg oder wird unattraktiv, wird sich die Forschungswelt woanders hin orientieren.

In die Flucht reguliert

„Ich will nicht zu pessimistisch klingen. Europa ist technologisch stark und wir sind innovationsstark. Aber der Vorsprung schmilzt, weil wir zunehmend in Regularien hineingepresst werden, die es der forschenden pharmazeutischen Industrie teilweise wirklich schwer machen, noch weiter in Europa zu bleiben“, bekräftigt auch Alexander Herzog. In der „pharmaceutical strategy“ der Europäischen Kommission sieht er eine extreme Verschlechterung für die Unternehmen der Pharmaindustrie. Um die Zukunft der Branche

Alexander Herzog, Generalsekretär der Pharmig, dem Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs



”

Ich will nicht zu pessimistisch klingen. Europa ist technologisch stark und wir sind innovationsstark. Aber der Vorsprung schmilzt, weil wir zunehmend in Regularien hineingepresst werden, die es der forschenden pharmazeutischen Industrie teilweise wirklich schwer machen, noch weiter in Europa zu bleiben.



zu sichern, sollte Europa eine Vorwärtsstrategie vertreten und die besten Köpfe der Welt hier in Europa forschen und entwickeln lassen, doch dieser technologische Vorsprung würde so leichtfertig aufs Spiel gesetzt, wie er betont. Patentschutzfristen zu verkürzen, um die Produkte möglichst billig zu machen, schaffe ein Problem. „Der Vorschlag der EU ist in der pharmazeutischen Industrie extrem schlecht angekommen und hat die Abwanderungsgespräche und Abwanderungstendenzen, die ich vor allem in den Headquarters vernehme, noch verstärkt“, erklärt Herzog.

Generika als Zukunft?

Ein Markt würde sich mit der Erzeugung von Generika erschließen. Doch in den letzten Jahrzehnten hat China einen bedeutenden globalen Marktanteil in diesem Bereich aufgebaut. Ein Bereich, den die europäischen Unternehmen

nur schwer abdecken können. Denn hier geht es vor allem um die Preise der Medikamente, erklärt Alexander Herzog. „In dem Moment, wo die Patente abgelaufen sind, ist sozusagen der Innovationsaufwand abbezahlt. Dann kommt es zu einem sehr starken Preisrückgang um teilweise 90 bis 95 Prozent gegenüber den Originatoren. Es dreht sich alles darum, wer dieses Produkt, das dann für die großflächige Allgemeinheit gut verfügbar ist, möglichst günstig herstellen kann.“ In Europa gibt es zwar noch Produktionsstätten, so werden seit fast 80 Jahren in Kundl in Tirol Antibiotika hergestellt, doch die heimischen Unternehmen werden es nicht schaffen, der billigste Produzent von Generika zu werden. „Hier geht es um einen globalen Wettkampf der Produktionskosten, noch zusätzlich Produktionen ins Land zu holen, um wieder Kinderhustensäfte oder Antibiotika hier zu produzieren, halte ich für fast ausgeschlossen. Ich glaube auch nicht, dass wir uns auf das konzentrieren sollten. Da geht es rein um Produktion, um Logistik und Produktionskosten. Das können andere billiger“, bringt es Herzog auf den Punkt.

Forschung und Entwicklung stärken

Für die Experten liegt die Zukunft der europäischen Pharmaindustrie eindeutig in der Forschung und Entwicklung. Hier nicht ins Hintertreffen zu geraten, sondern den Sektor auszubauen, ist das Ziel. Und es ist höchste Zeit, denn die Zahlen zeigen, wie stark Europa in den letzten Jahren an Innovationskraft verloren hat. Vor 25 Jahren kamen rund 50 Prozent aller neuen Therapien aus Europa, heute sind es nur noch etwa 20 Prozent. Die EU-Arzneimittelexporte sind zwischen 2021 und 2022 um 16 Prozent gestiegen, während die chinesischen Exporte um 121 Prozent stiegen. China verdoppelte seinen Marktanteil an den weltweiten Arzneimittelexporten von drei Prozent auf sechs Prozent. Die Hauptursache dafür ist der Mangel an Finanzmitteln für Innovationen. Zwischen 1990 und 2019 haben sich die Investitionen in Forschung und Entwicklung in Europa um das 4,9-Fache erhöht, in den Vereinigten Staaten jedoch um das 9,5-Fache, so die Daten der European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations (EFPIA). Die Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen in den USA haben demzufolge die europäischen im Jahr 2022 um 25 Milliarden Euro übertroffen. Anfang der 2000er Jahre waren es lediglich zwei Milliarden. Der Blick nach China zeigt, dass die Ausgaben für F&E in China jährlich um 12,9 Prozent zunehmen.

Und gerade die Finanzierung von Forschung ist der Knackpunkt, denn die Investitionen für die Entwicklung eines neuen innovativen Medikamentes sind hoch. Untersuchungen zufolge liegen die durchschnittlichen Kosten bei bis zu 2,6 Milliarden Dollar. In diesen Kosten sind die direkten Kosten für die Entwicklung des Arzneimittels enthalten sowie die damit verbundenen Fehlschläge, aber auch die Opportunitätskosten; das heißt, die indirekten Finanzierungskosten für derart lange und kostenintensive Entwicklungsprojekte.



Blick nach Österreich

Wie sieht es nun konkret in Österreich aus? Wie innovativ und forschungsstark ist Österreich? Bei der vergleichenden Bewertung von Forschungs- und Innovationsleistungen der EU-Mitgliedstaaten für das Jahr 2023 belegt Österreich Rang 6. Das „European Innovation Scoreboard“, das jährlich von der Europäischen Union veröffentlicht wird, stuft Österreich wieder als „Strong Innovator“ ein. Im Vergleich zu 2016 bedeutet das eine deutliche Verbesserung im Ausmaß von +6,4 Prozent. Damit liegt Österreich mit seiner Innovationsleistung über dem EU-Durchschnitt. Die Forschungsquote lag 2022 bei 3,18 Prozent und damit über dem europäischen Zielwert von drei Prozent. Speziell die pharmazeutische Industrie trägt durch Forschungsaufträge zur Wertschöpfung in Österreich bei: 2021 investierten Österreichs Unternehmen der pharmazeutischen Industrie 304 Millionen Euro in Forschung und Entwicklung.

Als gutes Beispiel dient das Regionalcenter Vienna (RCV) von Boehringer Ingelheim. Es ist das unternehmenseigene globale Zentrum für Krebsforschung. Rund 400 Mitarbeitende arbeiten derzeit in der Forschung – vor allem in der Onkologie, aber auch in den Bereichen Immunmodulation



”

Der Vorschlag zur Schaffung einer eigenen Life-Science-Strategie enthält wichtige Impulse für den Sektor. Diese Impulse erfordern konkrete Maßnahmen, um Europas Zukunft als Innovationsstandort zu stärken.

Pavol Dobrocky, Geschäftsführer von Boehringer Ingelheim

und NBE (New Biological Entities). Rund ein Viertel seines Umsatzes investiert das Unternehmen in die Forschung und Entwicklung. Am Wiener Standort wird um rund 60 Millionen Euro ein neues Krebsforschungsgebäude errichtet, die Eröffnung ist für September 2024 geplant.

Maßnahmen gefordert

Es muss auch die Anstrengung der Länder und der EU sein, die Unternehmen nicht nur in Europa zu halten, sondern auch neue Unternehmen nach Europa zu holen. „Und dafür stehen die Chancen gar nicht so schlecht“, wie Herzog betont. „Europa hat sehr viel zu bieten. Beginnend mit einer ausgezeichneten Lebensqualität über stabile politische Systeme, haben wir sehr viel, um Forscher und Unternehmen anzuziehen. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen und ein politisches Commitment kommt, dann wären wir schon über den Berg.“ Die Strategische Agenda 2024-2029, die im Juni von Staats- und Regierungschefs verabschiedet wurde, beinhaltet als oberste Priorität das Engagement zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU mit Schwerpunkt auf dem Aufbau von Kapazitäten in sensiblen Sektoren und Schlüsseltechnologien, einschließlich des Life-Science-Sektors. Dies ist ein positiver erster Schritt, der jedoch interdisziplinär umgesetzt werden muss. „Die Politischen Leitlinien von Ursula von der Leyen für die Amtszeit 2024–2029 fokussieren auf die Förderung von Forschung, Innovation, Wissenschaft und Technologie. Der Vorschlag zur Schaffung einer eigenen Life-Science-Strategie enthält wichtige Impulse für den Sektor. Diese Impulse erfordern konkrete Maßnahmen, um Europas Zukunft als Innovationsstandort zu stärken“, bekräftigt Dobrocky.

Europa braucht nun eine umfassende Strategie, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Maßnahmen zur Förderung von Ideen zu Innovationen und von Innovationen zu Produkten sind notwendig. Der Aufbau eines Ökosystems, damit Europa der Standort für die Entwicklung und Herstellung neuer Technologien wird, ist erforderlich. Es fehlt ein eindeutiges Commitment zu Investitionen im Gesundheitswesen. Politische Maßnahmen zur Sicherung der Zukunft Europas als globaler Biopharma-Akteur fehlen ebenso. „Außerdem sollte eine kontinuierliche Bewertung der Auswirkungen neuer und bestehender Legislativvorschläge auf die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors sowie bei Bedarf eine Umsetzung von Korrekturmaßnahmen stattfinden“, bekräftigt Dobrocky. ■



Regionalcenter Vienna (RCV) von Boehringer Ingelheim

STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Österreich manövriert sich selbst ins Abseits. Überhöhte Lohnnebenkosten und eine zum Teil lähmende Überregulierung lassen unseren Wirtschaftsstandort immer unattraktiver erscheinen. Die Folge? Eine leider schon spürbare, schleichende Abwanderung von Investitionen in Länder mit besseren Voraussetzungen. Wenn wir nicht sofort gegensteuern – Lohnnebenkosten runter, längere Arbeitszeiten, qualifizierte Zuwanderung und ein Ende der Bürokratieflut – wird Österreich zunehmend zum Schlusslicht in Europa. Nur mithilfe einer radikalen Verbesserung der Rahmenbedingungen können wir im globalen Wettbewerb bestehen. Und ohne massive Investitionen in technische und digitale Kompetenzen wird uns der Fachkräftemangel endgültig ausbremsen.“

Timo Springer, CEO Springer Maschinenfabrik GmbH und Präsident IV Kärnten

„Die österreichische Industrie steuert auf das dritte Krisenjahr in Folge zu. Unser Standort wird durch hohe Energie-, Personal- und Bürokratiekosten massiv belastet. Die Exporte, welche uns in den vergangenen 30 Jahren groß gemacht haben, gehen zurück. Die USA und China verfolgen eine eigenständige Industriestrategie, die den Standort Europa stark unter Druck bringt. Die überdurchschnittlich hohen Lohnabschlüsse haben dazu geführt, dass die Personalkosten in Österreich in zwei Jahren um 20 bis 25 Prozent gestiegen sind. Auf dem Weltmarkt sind wir damit nicht mehr wettbewerbsfähig, weil die Konkurrenz technologisch aufgeschlossen hat und deutlich mehr arbeitet. Nun sind wir in einer Restrukturierungsphase und das bedeutet einen massiven Jobabbau und Wohlstandsverlust. Zusätzlich trifft eine überbordende Bürokratie, zum Beispiel durch das Lieferkettengesetz, den Mittelstand besonders, weil dieser nicht international ausweichen kann.“



Stefan Pierer, CEO PIERER Mobility AG und Präsident IV Oberösterreich



„Wo immer versucht wurde, Wirtschaft mit bürokratisch-planwirtschaftlichen Konzepten zu steuern, hat es im Desaster geendet. Die Rückkehr zu Leistungsprinzip und Marktwirtschaft ist daher die wichtigste Aufgabe der neuen EU-Kommission. Die Erfüllung des Versprechens, die EU-Regulierungen um 25 Prozent zu reduzieren, muss dringend eingefordert werden! Weiters wichtig: Technologieoffenheit und Ablegen ideologischer Scheuklappen, rascher Ausbau eines funktionierenden europäischen Risikokapitalmarktes, Abschluss der offenen Freihandelsabkommen, Sicherung der Grenzen und wirksame Bekämpfung der Schlepperkriminalität und illegaler Migration.“

Günther Ofner, Vorstandsdirektor der Flughafen Wien AG

„Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu sichern, brauchen wir vor allem drei Dinge: eine verlässliche, bezahlbare Energieversorgung, weniger Bürokratie und mehr Innovationskraft. Besonders für energieintensive Unternehmen ist die Sicherung leistbarer Energie unverzichtbar. Der Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere der Wasserkraft, sowie ein stabiles, flexibles Energiesystem müssen oberste Priorität haben. Gleichzeitig müssen wir die Verwaltung modernisieren und bürokratische Belastungen abbauen. Darüber hinaus müssen wir gezielt in Forschung und Entwicklung investieren, um unsere Innovationskraft zu stärken. Dann werden wir auch die Chancen der ökologischen und digitalen Transformation voll ausschöpfen können.“



Max Kloger, Geschäftsführer Tiroler Rohre GmbH und Präsident IV Tirol

Interview

„Wachstum, Innovation und Leistung statt neuer Steuern“

Im Interview erklärt der Präsident der Industriellenvereinigung, Georg Knill, was die nächste Regierung aus Sicht der Industrie umsetzen muss, um den Standort Österreich wieder nach vorne zu bringen.

Das von der Industriellenvereinigung vorgestellte „SOS-Wohlstand“-Paket enthält Maßnahmen zur Renaissance des Wirtschaftswachstums in Österreich. Was sind aus Ihrer Sicht die dringendsten Schritte, die jetzt unternommen werden müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu sichern?

Georg Knill: Der Standort Österreich ist in den vergangenen Jahren stark unter Druck geraten, ausgelöst durch steigende Kosten für Energie, wachsende Lohnkosten sowie massiv zunehmende bürokratische Belastungen – das bremst auch Investitionen und Konjunktur massiv. Die Industrie verharret seit Mitte 2022 in einer Rezession. Deshalb haben wir als Industriellenvereinigung das „SOS-Wohlstand“-Paket zusammengestellt. Die dort angeführten acht Punkte müssen von der nächsten Bundesregierung, dringend umgesetzt werden. Unter anderem muss die Steuerquote bis 2030 auf unter 40 Prozent sinken, eine Pensionsreform angegangen werden, Wirtschaftsbildung in den Schulen vermittelt werden, Lohnnebenkosten müssen endlich gesenkt werden, die Exporte angekurbelt, der Green Deal der EU verbessert und die Bürokratie zurückgedrängt werden. Und wir wünschen uns, dass Unternehmertum

und die damit einhergehende Verantwortung wieder mehr Wertschätzung erfährt und Unternehmer-Bashing wieder ein Ende findet.

Weil Sie die Anerkennung von Unternehmertum erwähnt haben, hier dürfte es viel Nachholbedarf geben. Österreich ist im IMD-Ranking zur Wettbewerbsfähigkeit erneut gefallen. Wie kann diese negative Entwicklung umgekehrt werden?

Um diesem Trend entgegenzuwirken, braucht es wie angesprochen einen konsequenten Abgabenreduktionspfad, einen Kahlschlag des Bürokratiedschungels und verfügbare Energie zu leistbaren Preisen. Vor allem aber braucht es einen gesellschaftlichen Wandel und eine Stärkung der Eigenverantwortung und des Leistungsgedankens. Wir müssen wieder zu Tugenden wie Leistung und Eigenverantwortung zurückkehren. Der Vollkasko-Staat, der Eigeninitiative und Risikobereitschaft hemmt, muss dringend reformiert und Unternehmertum wieder positiv verankert und gestärkt werden. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung. Da hilft die Verankerung von Wirtschaftsbildung in den Schulen, wie wir es auch vorschlagen, mittelfristig sicher auch.

Sie fordern eine Reduktion der Steuerquote auf 40 Prozent bis 2030. Welche konkreten Schritte schlagen Sie vor, um dieses Ziel zu erreichen, ohne die Stabilität des Sozialsystems zu gefährden?

Österreich hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Ein effizienter Staat kann weiterhin für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten ohne neue Abgaben einzuheben, doch aktuell ist Österreich Weltmeister beim Besteuern. Die Abschaffung der kalten Progression war bereits ein richtiger, erster Schritt, aber es muss noch mehr getan werden. Ein gutes Beispiel sind die Lohnnebenkosten. Bei den Arbeitgeber Beiträgen liegt Österreich mit 21,8 Prozent über fünf Prozentpunkte höher als Deutschland. Insbesondere durch eine massive Senkung der Lohnnebenkosten – ohne dabei den Sozialstaat in Frage zu stellen – gelingt es, dass den Menschen mehr Netto vom Brutto überbleibt und die Steuerquote sinkt.

Der Fachkräftemangel ist eines der zentralen Themen in Österreich. Welche konkreten Maßnahmen sind notwendig, um qualifizierte Arbeitskräfte nach Österreich zu holen und langfristig zu binden?

Wir haben im ersten Halbjahr in Österreich rund 200.000 offene Stellen verzeichnet, das sind fast dreimal so viele wie noch vor einem Jahrzehnt. Demgegenüber stehen auch ungenutzte Arbeitskräftepotenziale: Im Bereich älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei den vielen Teilzeitbeschäftigten und bei Frauen. Hier schlummert ein großes Beschäftigungspotenzial, das es dringend zu heben gilt – dazu braucht es unter anderem auch einen Ausbau einer qualitativ hochwertigen und flächendeckenden Kinderbetreuung. Darüber hinaus müssen wir Österreich als Standort attraktiver gestalten, damit gut ausgebildete potenzielle Arbeitskräfte ins Land kommen – bei der Rot-Weiß-Rot-Karte kann beispielsweise trotz zahlreicher Verbesserungen noch ein wenig nachgebessert werden.

Die Industriellenvereinigung fordert einen „Befreiungsschlag aus dem Bürokratiechungel“. In welchen Bereichen der Bürokratie müssen Unternehmen aus Ihrer Sicht am dringendsten entlastet werden?

Auf europäischer Ebene muss die angekündigte Verringerung der Berichtspflicht um 25 Prozent unbedingt umgesetzt werden. Darüber hinaus müssen alle Berichtspflichten und Richtlinien auf europäischer Ebene zukünftig so gestaltet sein, dass sie in allen Mitgliedstaaten auf die gleiche Weise umgesetzt werden können. In Österreich wäre ein „Once Only“-Ansatz wichtig: Berichtspflichtige oder melderrelevante Informationen sollten nur einmal an eine zentrale Stelle übermittelt werden müssen. Diese Stelle sorgt dafür, dass diese Information an alle berechtigten Informationsempfänger verteilt wird. Das würde den Unternehmen enorm viel bürokratischen Mehraufwand sparen. Und bei der nationalen Umsetzung von EU-Richtlinien muss Gold Plating, das Übererfüllen der Vorgaben, vermieden werden.

Sie betonen die Bedeutung des Exports und fordern, dass Österreich eine aktivere Rolle in der Gestaltung von Freihandelsabkommen einnimmt. Welche Freihandelsabkommen sollten aus Ihrer Sicht prioritär verfolgt werden?

Als Exportnation sind wir auf fairen Handel mit verlässlichen Partnern angewiesen. Mit einer Exportquote von 60 Prozent werden 1,2 Millionen Arbeitsplätze durch die Ausfuhr heimischer Produkte gesichert. Österreich muss deshalb seine ablehnende

Position bezüglich fairer Freihandelsabkommen ändern und sich vom Blockierer zum Gestalter des Freihandels bewegen. Es gilt daher, eine aktive EU-Handelspolitik, welche globale Märkte für heimische Betriebe öffnet sowie entsprechende Abkommen, zu unterstützen. Die EU hat mit Mercosur ein praktisch fertig verhandeltes Abkommen mit Lateinamerika, es muss nur umgesetzt werden. Und auch ein Abkommen mit Indien wäre strategisch enorm wichtig.



Sie sprechen sich klar gegen Vermögen-, Erbschafts- und Schenkungssteuern aus. Was sind Ihre Alternativvorschläge, um die finanzielle Belastung des Mittelstands zu verringern und gleichzeitig den Standort Österreich zu stärken?

Welche Parteien auch immer die nächste Regierung bilden, die Senkung der Abgabenquote muss angegangen werden. Konzepte einer Erbschafts- und Vermögensteuern sind da das genaue Gegenteil, so stellt sich Österreich nur selbst ein Bein. Fast kein Land in der EU setzt mehr auf diese veralteten Konzepte, sondern vielmehr auf Wachstum, Innovation und Leistung. Es braucht einen effizienten Staat, der es arbeitenden Menschen ermöglicht sich etwas aufzubauen.

„Österreich hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Ein effizienter Staat kann weiterhin für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten ohne neue Abgaben einzuheben.“

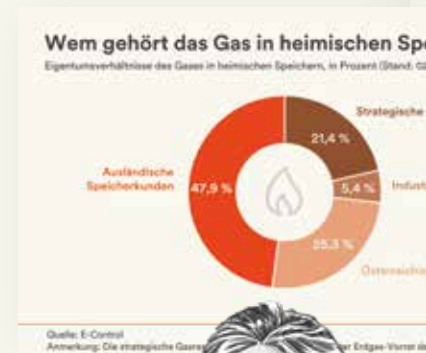
Georg Knill, IV-Präsident

SELEKTIV: DAS NEUE WIRTSCHAFTSMEDIUM FÜR ÖSTERREICH

Mit Selektiv ist ein junges Wirtschaftsmedium gestartet, das einen frischen Blick auf die Mechanismen der Wirtschaft bietet – basierend auf Zahlen, Daten und Fakten.

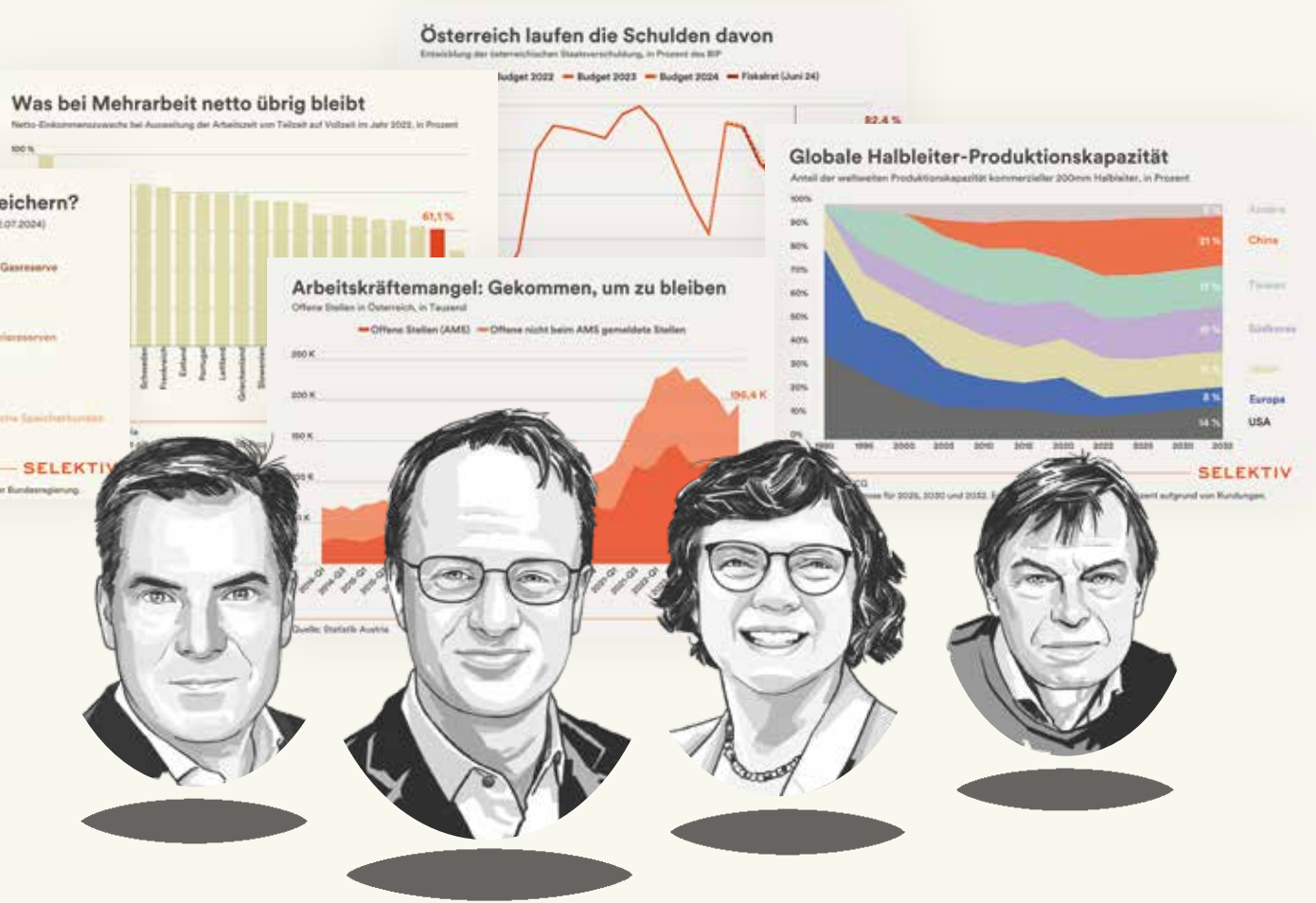
Das Störende an der Wirtschaftsberichterstattung in vielen Medien ist oft nicht, was berichtet wird, sondern wie. In Texten zum Kapitalmarkt tummeln sich häufig Spekulanten, Unternehmer werden als „Konzernbosse“ ohne Gewissen dargestellt und falsche Tatsachen, wie die in Österreich angeblich besonders ungleiche Verteilung von Einkommen, werden kaum hinterfragt. Gleichzeitig wird regelmäßig die mangelnde Wirtschaftsbildung in Österreich beklagt. Mit Selektiv ist nun ein junges Wirtschaftsmedium gestartet, das einen frischen Blick auf die Mechanismen der Wirtschaft bietet – basierend auf Zahlen, Daten und Fakten. Was braucht es, damit Unternehmen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Bestleistungen erbringen können? Wie kommen wir zu einem nachhaltigen und gesunden Wachstum, das Grundlage für Innovation ist und ein besseres Leben für alle ermöglicht?

Das Herzstück von Selektiv ist ein täglicher Newsletter als Start in den Tag. Mit „Morning in Brief“ bietet das Team rund um Chefredakteurin Sara Grasel um 7 Uhr in aller Kürze einen wirtschaftspolitischen Nachrichtenüberblick mit allen für Österreich und die EU wichtigen News. Grafiken veranschaulichen aktuelle Zahlen und Daten und Kommentare von Expertinnen und Experten ordnen Ereignisse und deren Bedeutung für die Wirtschaft ein. Für Selektiv kommentieren renommierte Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Fachbereichen: Genetiker Markus Hengstschläger, Börsenexpertin Monika Rosen, Philosoph Martin Rhonheimer, Astronautin Carmen Possnig, Steuerexperte Daniel Varro, Journalisten wie Rainer Nowak, Alexander Purger, Gerhard Jelinek oder Georg Renner und viele mehr.



Der jährlich erscheinende europäische Media Pluralism Monitoring Report stellt Österreich in der Vielfalt der Medienlandschaft kein gutes Zeugnis aus. „Eine vielfältige und freie Medienlandschaft ist aber die Grundlage für eine informierte Meinungsbildung und damit auch eine der Grundvoraussetzungen für demokratische Gesellschaften. Dazu will Selektiv einen Beitrag leisten. Und das ist auch der Grund, warum die Industriellenvereinigung das junge Medium mit einer Anschubfinanzierung unterstützt“, sagt Dominik Futschik, der gemeinsam mit Andreas Prenner die Geschäftsführung des Medienhauses übernommen hat.

Zuletzt bleibt an dieser Stelle noch, den oben erwähnten Mythos der ungleichen Einkommensverteilung aufzuklären: Maßstab dafür ist der Gini-Koeffizient. Er bewegt sich zwischen den Werten 0 – eine absolut gleichmäßige Verteilung auf alle Personen – und 1, was bedeuten würde, dass eine Person das gesamte Einkommensvolumen erhält. Zuletzt lag der Gini-Koeffizient für Einkommen in Österreich bei 0,28. Der Wert ist seit mehr als zehn Jahren relativ konstant und stets besser als der EU-Schnitt. Für einen faktenbasierten Blick auf Wirtschaftspolitik, Kapitalmarkt, Energie, Innovation, Steuern, Sozialstaat und Welthandel abonnieren Sie Selektiv!



Von der „Expertin“ zur Expertin.

Das neue Medium für Wirtschaft und Politik in Österreich.



Jetzt lesen!
Der wirtschaftspolitische Newsletter
für Österreich, täglich um 7 Uhr.

selektiv.at



SOS-WOHLSTAND

**Acht Maßnahmen der österreichischen Industrie
zur Reparatur der Wettbewerbsfähigkeit und
des Industriestandortes Österreich**



Industrieland Österreich:
1/4 der österreichischen Arbeitsplätze
1/4 der österreichischen Gesamtwertschöpfung
1/2 der Ausgaben für Forschung & Entwicklung

ZUKUNFT
GESTALTEN